



Staat und Bürger:innen: Wege zu einem neuen Miteinander

Sammelband der 5. Weimarer Gespräche 2026

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Oktober 2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Florian Bochert

Autor:innen

Prof. Dr. Felix Heidenreich,

Prof. Dr. Andrea Römmele,

Georg Maier, Ralf Kirsten,

Ulrich Kober, Florian Bochert,

Katarina Peranić, Christin Bohmann,

Christian Berthold, Andriyan Andreev,

Maria Lederer

Lektorat

Rudolf Gajdacz, München

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildrechte

© Suci – stock.adobe.com/KI-generiert

DOI 10.11586/2026130

Staat und Bürger:innen: Wege zu einem neuen Miteinander

Sammelband der 5. Weimarer Gespräche 2026

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	6
STAAT UND BÜRGER:INNEN IM WANDEL: DISKUSSIONSBEITRÄGE AUS DER WISSENSCHAFT	
Wie Zumutungen gelingen können <i>Prof. Dr. Felix Heidenreich</i>	8
Demokratie im Generationenungleichgewicht <i>Prof. Dr. Andrea Römmele</i>	13
POLITIK IN DER VERANTWORTUNG: HANDLUNGSFÄHIGKEIT, SICHERHEIT UND NÄHE	
Für ein zukunftsfähiges demokratisches Miteinander – Reflexionen der 5. Weimarer Gespräche <i>Georg Maier</i>	18
Gräben überwinden: Für ein neues Miteinander zwischen Staat und Gesellschaft <i>Ralf Kirsten</i>	22
WAS GESELLSCHAFT ZUSAMMENHÄLT: FAIRNESS, VERTRAUEN UND GEMEINSAMKEITEN	
Fairness und Identifikation: Schlüssel für Gemeinsinn und Engagement <i>Ulrich Kober und Florian Bochert</i>	26
Vertrauen und Zukunft neu verhandeln: Warum wir stärker auf Gemeinsamkeiten setzen sollten <i>Katarina Peranić</i>	30
ÖFFENTLICHKEIT GESTALTEN: MEDIEN, DIALOG UND DEMOKRATISCHE ERFAHRUNG	
Dialog ist kein Selbstzweck. Warum Demokratie mehr braucht als den Austausch von Meinungen <i>Christin Bohmann</i>	34

Demokratie muss man erleben. Nicht nur erklären. <i>Christian Berthold</i>	38
 MITWIRKEN UND MITGESTALTEN: ENGAGEMENT, BETEILIGUNG UND SELBSTWIRKSAMKEIT	
Demokratie als Praxis: Über Ehrenamt, Verantwortung und die Zukunft demokratischer Teilhabe <i>Andriyan Andreev</i>	41
 Vor Ort ins Gespräch kommen! Wie verbessern wir den Austausch zwischen Staat und Bürger:innen auf lokaler Ebene? <i>Maria Lederer</i>	 45
 SCHLUSS	 49
 AUTOR:INNENVERZEICHNIS	 51

VORWORT

Der Staat ist kein Selbstzweck: Er ist für die Bürger:innen da, um Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle zu ermöglichen. Dafür ist er aber auch auf die Mitarbeit der Bürger:innen angewiesen. Dieses komplexe Verhältnis von Staat und Bürger:innen ist nicht statisch, sondern verändert sich, denn auch die Ansprüche von Bürger:innen und die Handlungsmöglichkeiten des Staates verändern sich stetig – gerade in einem globalisierten und konfliktreichen Kontext. In Deutschland mehrten sich seit einiger Zeit Anzeichen für Verwerfungen im Verhältnis von Staat und Bürger:innen.

Seitens der Bürger:innen nimmt das Vertrauen in politische Institutionen ab. Mit Blick auf erneuerungsbedürftige Infrastruktur, mangelnde Verteidigungsfähigkeit und die Krise des Gesundheits- und Rentensystems finden viele, der Staat sei nicht handlungsfähig genug. Immer wieder belegen Umfragen wie der Deutschland-Monitor 2025, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland der Bundesregierung, dem Bundestag und Politiker:innen allgemein nicht oder nur teilweise vertraut. Zugleich steigen die individuellen Ansprüche an den Staat, der oft nur noch als reiner Dienstleister gesehen wird. Auch das Engagement für das Gemeinwesen ist im Wandel: Traditionelle Orte wie Gewerkschaften, Kirchen oder Vereine verlieren weiter an Bindungskraft, Ehrenämter werden seltener langfristig übernommen und temporäre Formen des Engagements werden attraktiver. Junge Menschen sind zwar vergleichsweise engagierter, stehen der Wiedereinführung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht aber mehrheitlich kritisch gegenüber.

Der Vertrauensverlust ist allerdings nicht einseitig bei den Bürger:innen ausgeprägt. Auch vonseiten des Staates nimmt das Misstrauen in Bürger:innen zu. Für eine wachsende Wirtschaft müsse die Bevölkerung mehr arbeiten und weniger krank sein, heißt es aus der verantwortlichen Politik, weshalb beispielsweise Arbeitssuchenden schneller die Sozialleistungen gekürzt werden sollen. Auch die komplexen staatlichen Anforderungen zur Dokumentation von Vorgängen, etwa für die Beantragung von BAföG, Elterngeld oder Wohngeld, zeugen von wenig Vertrauen in die Bevölkerung. Für seine Handlungsfähigkeit braucht der Staat aber Vertrauensvorschuss in der Begegnung mit Bürger:innen, heißt es beispielsweise im Abschlussbericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“.

Vor diesem Hintergrund stellen sich grundsätzliche Fragen: Wie kann ein neues, tragfähiges Miteinander entstehen? Welche Formen der Verantwortungsteilung braucht eine Gesellschaft, die durch Singularisierung, digitale Kommunikation und wachsende Vielfalt geprägt ist? Wie lässt sich ein gemeinsames Verständnis von Pflichten und Rechten wieder stärken – insbesondere zusammen mit jungen Menschen, deren Erwartungen an den Staat sich teilweise von denen älterer Generationen unterscheiden? Die Antworten darauf sind zentral, damit sich Staat und Bürger:innen wieder vertrauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu verankern können.

Um mögliche Antworten auf diese grundsätzlichen Fragen zu finden, brachten die Deutsche Nationalstiftung und die Bertelsmann Stiftung im Mai 2026 rund 30 Teilnehmende aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien in dem historisch bedeutsamen Umfeld Weimars zusammen. Im Rahmen der 5. Weimarer Gespräche diskutierten die Teilnehmenden, wie der Staat und seine Bürger:innen zu einem neuen Miteinander finden können. Anstöße für die Debatte gaben Prof. Dr. Felix Heidenreich und Prof. Dr. Andrea Römmele. Die vorliegende Publikation fasst deren Impulse und die wichtigsten Ergebnisse dieser Diskussionen aus Sicht von einigen Teilnehmenden zusammen. Im Vordergrund steht dabei, welche Aspekte und Gedanken aus den Weimarer Gesprächen 2026 die Teilnehmenden persönlich besonders angesprochen oder bewegt haben und wie sie aus ihrer Perspektive – ob aus der Politik, der Wissenschaft oder der Medienwelt – auf das Verhältnis von Staat und Bürger:innen blicken.

Der Sammelband ist dafür in fünf Kapitel unterteilt, in denen jeweils zwei Teilnehmende mit einem ähnlichen beruflichen Hintergrund aus ihrer individuellen Perspektive das Thema betrachten. Zunächst legen Prof. Dr. Felix Heidenreich und Prof. Dr. Andrea Römmele eine Ausgangsdiagnose aus wissenschaftlicher Sicht dar. Danach betrachten Georg Maier und Ralf Kirsten das Verhältnis von Staat und Bürger:innen aus ihrer landes- und kommunalpolitischen Perspektive. Im dritten Kapitel analysieren Ulrich Kober und Florian Bochert sowie Katarina Peranić auf der empirischen Grundlage repräsentativer Umfragen die Voraussetzung von Vertrauen und Engagement in der Bevölkerung. Daraufhin denken Christin Bohmann und Christian Berthold als Vertreter:innen der Medien darüber nach, welche Rolle Öffentlichkeit und Medien im Verhältnis von Staat und Bürger:innen spielen. Abschließend unterstreichen Andriyan Andreev und Maria Lederer aus praktischer Perspektive die Bedeutung von konkreten Erfahrungs- und Beteiligungsräumen.

Damit ist dieser Sammelband weder ein abgestimmtes wissenschaftliches Handbuch noch ein Tagungsprotokoll. Es handelt sich viel eher um einen perspektivischen Debattenband, in dem einige der Teilnehmenden der Weimarer Gespräche 2026 ihre persönlichen Schlussfolgerungen aus einem gemeinsamen Gespräch entwickeln. Der Sammelband bildet somit auch nicht die Breite aller gesellschaftlicher Erfahrungen ab. Insgesamt eint jedoch eine Einsicht alle Beiträge: Ein neues Miteinander kann weder allein durch einen leistungsfähigen Staat noch allein durch mehr Engagement der Bürger:innen entstehen. Gegenseitiges Vertrauen kann nur wachsen, wenn staatliche Handlungsfähigkeit, gesellschaftliche Fairness, reale Beteiligungsmöglichkeiten und die Bereitschaft zur Mitverantwortung zusammenkommen.

Unser besonderer Dank gilt allen Autor:innen, die mit ihrem Engagement und ihren wertvollen Beiträgen diese Publikation erst möglich gemacht haben. Außerdem möchten wir uns nochmals bei allen Teilnehmenden der Weimarer Gespräche 2026 – auch denen, die keinen Beitrag für diese Publikation verfasst haben – für die lebhafte und erkenntnisreiche Diskussion bedanken. Zuletzt gilt unser Dank Florian Bochert von der Bertelsmann Stiftung für die Koordination und Umsetzung dieser Publikation.

Es ist klar, dass das Verhältnis von Staat und Bürger:innen immer spannungsreich bleiben wird. Es gilt aber, mögliche Konflikte konstruktiv zu gestalten in der Ausrichtung auf gemeinsame Ziele wie Teilhabe, Sicherheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Dazu möchte diese Publikation mit ihren vielen kreativen Ideen einen Beitrag leisten. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Dr. Agata Klaus,
Geschäftsführerin der Deutschen Nationalstiftung und

Ulrich Kober,
Direktor Demokratie und Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung

STAAT UND BÜRGER:INNEN IM WANDEL: DISKUSSIONSBEITRÄGE AUS DER WISSENSCHAFT

Wie Zumutungen gelingen können

Prof. Dr. Felix Heidenreich, Politikwissenschaftler an der Universität Stuttgart

In einem demokratischen Gemeinwesen stehen Staat und Gesellschaft idealerweise in einem produktiven Spannungsverhältnis. Sie sind – dies ist das Ergebnis eines mit der Neuzeit einsetzenden Prozesses der Ausdifferenzierung (vgl. Böckenförde 1976) – nicht identisch, sie sind aber auch keine Feinde. Man könnte im gelingenden Fall eher von einem *Resonanzverhältnis* sprechen – und dieses von bloßer Konsonanz, von Assonanz oder Dissonanz abgrenzen: Demokratische Bürgerinnen und Bürger sollen ihren Staat weder vorbehaltlos lieben (*Right or wrong, my country!*, Konsonanz), ihn nicht ignorieren (Desinteresse und Wahlenthaltung, Assonanz), noch den Staat maßlos kritisieren oder verachten (Dissonanz). Vertrauen und Misstrauen, Kooperation und Konkurrenz, Rechtsgehorsam und Widerspruch stehen im Idealfall vielmehr in einem ausgewogenen Spannungsverhältnis, sie gehen ineinander über. Oft nennt man dieses schwebende Zwischenverhältnis auch „loyale Opposition“. Eine mögliche Metapher könnte lauten: Bürgerinnen und Bürger sollen mit ihrem Staat befreundet sein, ihn tragen, unterstützen, verteidigen, ihm aber auch widersprechen, wenn er den eigenen Prinzipien untreu wird. Im besten aller Fälle ist der Staat dann nicht einfach nur ein Instrument der gesellschaftlichen Selbsteinwirkung, sondern zugleich ein Gebilde, das nicht nur Präfe-

renzen aggregiert, sondern diese auch abstrahiert, verallgemeinert, verbessert. Das Versprechen kollektiver Selbstbestimmung würde dann *mittels des Staates* erfüllt: Nicht *gegen*, sondern *mit* und *durch* den Staat erleben Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheit, so das Versprechen der Demokratie.

Die gewählten Einschränkungen – „idealerweise“, „im besten aller Fälle“, „dann“ – deuten bereits an, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland von diesem Ideal nicht nur in jenem Maße entfernt sind, in dem alle Ideale und Normen immer von der Realität abweichen (sonst wären es keine Ideale). Aus einem gesunden Misstrauen gegenüber Eliten wird durch Überdosierung in wachsendem Maße ein demokratiefeindliches Misstrauen gegen „die da oben“. Assonanz ist der Ausgangspunkt, Dissonanz die Motivation der Grollenden und populistische Konsonanz das Versprechen: Die autoritären Bewegungen kündigen einen Staat an, der wieder ganz „uns“ „gehören“ soll. Produktive Resonanz wird zur Ausnahme, so ist zu befürchten. Wie verstehen wir das gestörte Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft angemessen? Und wie ließe es sich reparieren? Es folgen sechs Thesen, die bei den Weimarer Demokratie Gesprächen zur Diskussion und zum Widerspruch anregen sollen.

1. Viele Bürgerinnen und Bürger erleben ihren Staat als ohnmächtig oder unfähig. Staatliche Handlungsfähigkeit herzustellen und sichtbar zu machen, ist das Gebot der Stunde.

Die Zahlen sind allgemein bekannt: In verschiedenen Umfragen erklären fast zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, der Staat sei strukturell überfordert, nicht mehr Herr der Lage, kaum noch handlungsfähig. Für diese Staatskrise gibt es viele Gründe. Erklären lässt sich diese Situation (unter anderem) durch eine Politik, die man als *Noise-cancelling*-Strategie bezeichnen könnte: Von den Zumutungen der Welt sollten die Deutschen verschont werden. Der Satz „Sie kennen mich.“ steht paradigmatisch für eine Politik der Entpolitisierung: Politik wurde verstanden als ein Mechanismus, der Bürgerinnen und Bürger von ihrer Verantwortung entbindet und stellvertretend Probleme (mit Geld) wegmoderiert, ohne sie tatsächlich zu lösen. Im Jahr 2015 ist diese Strategie bereits gescheitert, seit 2022 wirkt jeder Versuch, die geopolitischen Probleme wegzudämpfen, nur noch hilflos. Die große Chance, die sich mit der „Zeitenwende-Rede“ eröffnete, wurde fast vollständig vertan. Es wäre der Moment gewesen, in dem Zumutungen gerecht hätte verteilt können, doch man fiel zurück in alte Muster. Die Behauptung von Olaf Scholz, das Urteil des BVerfG zur Staatsverschuldung aus dem Jahr 2023 ändere für die Bürger „nichts“ (Scholz 2023: 6), zeigte den Gipfel- und Kipppunkt dieser Strategie der infantilisierenden Verschonung: Ein historisches, epochales Urteil – das „nichts“ ändert? Wie soll das möglich sein? Den Staat können die politischen Eliten nur mit den Bürgerinnen und Bürger reparieren; dazu muss diese Verschonungsstrategie enden.

2. Die Bürgerinnen und Bürger wurden (und werden) als Konsumenten angesprochen. Dies nährte und nährt eine falsche Erwartungshaltung.

Der Kommunikationsstil einer schonenden Infantilisierung hat auch, aber nicht nur und vielleicht nicht primär mit einzelnen Personen zu tun. Der strukturelle Grund liegt vielmehr in einer Überblendung ökonomischer Kategorien auf die Politik: Der Bürger als Kunde, die Politik und der Staat als Dienstleister, die „liefern“ sollen. Wer Menschen als Nutzenmaximierer anspricht, wird sie in dieser Rolle bestärken. „Was kommt für mich dabei heraus?“, ist dann die Leitfrage, die sich Bürgerinnen und Bürger offenbar stellen sollen. Dass dieser Kategorienfehler, bei dem Politik für Ökonomie gehalten wird, nicht parteipolitisch gebunden ist, zeigt ein Wahlplakat der SPD in Baden-Württemberg aus den Landtagswahlen im Frühling 2026: „Weil es um Dich geht!“ ist dort zu lesen. Noch nicht einmal die SPD ist heute noch in der Lage, an eine Vorstellung des Gemeinwohls zu appellieren, den *citoyen* in uns anzusprechen, und nicht nur den *bourgeois*, den Egoisten, so muss man wohl folgern.

Diese über Jahrzehnte erfolgte Entpolitisierung (und parallel verlaufende Ökonomisierung) des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft hat eine fatale Folge: Die Politik hat strukturell Angst vor den Bürgerinnen und Bürger. Generationen von Entscheidungsträgern haben gelernt, dass man mit „Aussitzen“ an der Macht bleibt (Kohl), mit einer Agenda 2010 aber abgewählt wird (Schröder). *Bloß keine Zumutungen!*, so lautet das Motto daher seit 2005. Die Idee einer großen Steuerreform, für die der Name Paul Kirchhof stand, wurde verabschiedet, obwohl bezüglich der Überkomplexität unseres Steuerrechts ein breiter Konsens bestand.

Verschärft wird diese Tendenz zur infantilisierenden Verschonung durch eine spieltheoretisch beschreibbare Situation, in der Parteien darum konkurrieren, möglichst viel für die eigene Klientel „herauszuholen“. Entscheidungen sind in einem sich weiter fragmentierenden Parteiensystem nur noch dadurch möglich, dass Partikularinteressen aufaddiert werden: Die einen bekommen ein Rentengeschenk, die anderen dürfen auf der Autobahn weiterrasten, die

dritten werden von der Erbschaftssteuer verschont. Begleitet wird dieser Prozess von Medienhäusern, die mit Empörung Geld verdienen und Diskussionen über zumutungsreiche Entscheidungen mit Populismus verhindern („Heizhammer“). Der Rousseausche Gedanke, dass das Gemeinwohl wie bei einem Allmende-Problem etwas *qualitativ Anderes* darstellt als die bloße Summe von Partikularinteressen (eigentlich eine Trivialität!), verschwindet aus dem kollektiven Bewusstsein – selbst bei Konservativen, ja sogar bei Reaktionären und Nationalisten, die nicht etwa an Opferbereitschaft, sondern an Egoismus appellieren.

Die Wehrpflicht bzw. Dienstpflicht ist in dieser Hinsicht eine Art Lackmustest: Sie ist nur zu rechtfertigen, wenn das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat keine bloß ökonomische Beziehung ist. Dass Staatlichkeit heute von vielen nur noch als Konsumgut wahrgenommen wird, hat seine Ursprung in einem neoliberalen Staatsverständnis, das Staaten analog zu Unternehmen denkt: als Anbieter und Dienstleister. Der überschuldeten Staat, der es immer allen recht machen will, ist das Ergebnis dieser begrifflichen Verwirrung.

3. Demokratische Zumutungen sind möglich, wenn Demokratie republikanisch(er) verstanden wird.

Gibt es aus dieser Situation überhaupt noch einen Ausweg? Lassen sich überhaupt noch demokratische Zumutungen formulieren? In meiner Theorie demokratischer *Zumutungen* habe ich vorgeschlagen, zwischen bloßen *Belästigungen* (die uns stören, uns aber nicht besser machen – eine verspätete Bahn) und *Zumutungen* (die anstrengend sind, unser aber besser machen – ein obligatorischer Erste-Hilfe-Kurs) zu unterscheiden (vgl. Heidenreich 2022). In den *Zumutungen* steckt der Mut: Wer sich eine Alpenüberquerung oder eine kalte Dusche *zumutet*, sagt sich selbst auch: Ich traue mir das zu! Und wer seinen Kindern Cello-Unterricht oder einen Auslandsaufenthalt *zumutet*, teilt ihnen zugleich mit: Ich traue Dir das zu!

Historische und internationale Beispiele zeigen, dass demokratische Zumutungen durchaus als *empowerment* aufgefasst werden können: Die allgemeine Schulpflicht, Dienstpflichten, die Pflichtfeuerwehr in der Schweiz, die Wahlpflicht in Belgien, Schöffen und Jury-Gerichte sind die naheliegenden Beispiele. Dies würde jedoch eine Umakzentuierung (keine Ersetzung) von *liberalen* zu eher *republikanische* Deutungsmustern voraussetzen. Dass der liberale Rechtsstaat seine eigenen Voraussetzungen nicht gewährleisten kann (wie Ernst Wolfgang Böckenförde behauptete), ist schlicht falsch (vgl. Heidenreich 2024). Demokratische Haltungen müssen nicht einfach vorausgesetzt werden, sie können durch zumutungsreiche Ansprache durchaus gefördert, ja provoziert werden. Diese demokratischen Zumutungen müssen dazu aber sinnvoll erscheinen und fair verteilt sein.

4. Demokratie braucht „demokratische Zukünfte“, also gemeinsame, plausible, empirisch unterlegte Strategien: eine Agenda 2040, 2050, 2060.

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben ihren Staat nicht nur als überfordert, sondern die Politik als konfus, als *strategielos*. Taktische Erfolge – billiges Gas aus Russland, Exportnachfrage aus China, Sicherheit aus den USA – haben diese Strategielosigkeit möglich gemacht (vgl. Heidenreich 2023). Das tieferliegende Problem scheint mir aber die liberale Vorstellung zu sein, wonach *primär, ja beinahe ausschließlich* Marktmechanismen die „beste Lösung“ herausarbeiten werden. Friedrich August von Hayek warnte vor der „Anmaßung von Wissen“, wir aber leiden heute unter der „Anmaßung von Unwissen“ und stellen uns kollektiv dumm. Mit dem Begriff der „Technologieoffenheit“ kaschiert man die Tatsache, dass die Politik keine Strategie für das Jahr 2050 zu entwickeln bereit ist. Jeder „Plan“, den die Politik haben könnte, klingt in unseren Ohren nach Planwirtschaft – was (verständlicherweise!) allergische Reaktionen hervorruft. Diese Reaktionen sind historisch erklärbar, aber sind sie heute noch hilfreich?

Wir sind hier „die Opfer unserer Erfahrung“ und müssen eine historische Lektion „ent-lernen“. Das fatale Ergebnis der „Technologieoffenheit“ (also strategischer Unentschlossenheit) war der Verlust von Schlüsselindustrien an China. Statt eine klare Richtung vorzugeben, verlor sich die Staatstätigkeit im bürokratischen Mikro-Management.

Eine langfristige Vision würde es erlauben, Zumutungen als Teil einer kohärenten Strategie zu beschreiben: „Wer ein Warum (...) hat, erträgt fast jedes Wie“, hat ein nicht nur in Weimar recht bekannter Altphilologe einst formuliert. Wenn demokratische Zumutungen als kohärent erlebt werden, als schlüssig und zielführend, werden sie erträglich. Könnten wir nicht jede Regierung zwingen, auf 100 Seiten eine Agenda oder Vision 2050 zu entwickeln? Den autoritären Visionen gilt es durch eine neue strategische Kultur plausible, „demokratische Zukünfte“ entgegenstellen: Ziele mit Zwischenschritten, systematisch herbeigeführte *begründete Zuversicht* (vgl. Heidenreich 2025).

5. Faire Zumutungen – Extreme Vermögensungleichheit ist ein Sicherheitsrisiko

Eine Politik, die weniger Geschenke und mehr saure (aber gesunde!) Äpfel zu verteilen hat, tut gut daran, diese möglichst *gerecht* zu verteilen. Denn Zumutungen werden nur akzeptiert, wenn sie als fair erlebt werden. Zentral an der allgemeinen Wehrpflicht ist seit der *levée en masse*, dass sie *allgemein* ist. Demokratische Zumutungen wirken egalisierend, weil sie die Adressierten in ihrer Rolle als *gleiche* Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Extreme Vermögensungleichheit (vielmehr als ungleiche Einkommen) produziert jedoch ein Gefühl diffuser Unfairness: Der Markt der Chancen ist völlig verzerrt. Vermögensaufbau und Immobilienbesitz sind für viele, selbst Besserverdiener, heute unmöglich geworden. Die hohe Teilzeitquote hat auch damit zu tun, dass viele das Gefühl haben, ohnehin nicht auf einen „grünen Zweig“ zu kommen: Passives Einkommen schlägt im Neofeudalismus ohnehin die Lohnneinkommen. Auf-

stieg durch Bildung droht zur Illusion zu werden, wie man bereits vor Jahren in der FAZ erlebte (vgl. Jaeger 2015). Wer jetzt kein Haus erbt, baut sich keines mehr. Schlimmer noch. Eine erschreckend hohe Anzahl von Menschen in Deutschland hat überhaupt keine Rücklagen und erlebt sich dann auch nicht als *stakeholder*.

Dies hat Auswirkungen auf die soziale Kohäsion und damit die Wehrhaftigkeit. Die Frage, warum viele Bürgerinnen und Bürger keine *ownership* mehr für die Demokratie empfinden, muss durchaus wörtlich genommen werden: „Warum sollte ich ein Land verteidigen, in dem mir wortwörtlich nichts gehört?“, dürften sich viele fragen, besonders in Ostdeutschland, wo viele ihre Mieten an westdeutsche Investoren zahlen: *Right or wrong, not my country anyway!*. Dass Vermögensungleichheit technisch schwer zu bekämpfen ist, mag richtig sein. Wichtig wäre aber, zumindest zu kommunizieren, dass man das Problem erkannt hat und nach Strategien gegen den Neofeudalismus sucht. Gerade Konservativen müsste dies eigentlich ein Anliegen sein, denn sie müssten ja das Ziel haben, möglichst vielen eine „bürgerliche Existenz“ zu ermöglichen.

6. Eine Demokratie unter Druck muss anders arbeiten als eine Demokratie ohne Druck.

Vielen erscheint der Staat heute hilflos, planlos, überfordert. Warum? Vielleicht, weil man in einer Ausnahmesituation versucht, im Normalmodus zu arbeiten. In Zeiten des Friedens und des Wirtschaftswachstums ist die liberale Betonung der Selbstentfaltung durchaus plausibel. Das *noise-cancelling* und die ökonomische Legitimation von Demokratie hat in Deutschland lange und aufgrund externer Umstände recht gut funktioniert. Aber eine *Demokratie unter Druck* operiert anders als eine *Demokratie ohne Druck*. Im Verteidigungs- und Krisenbewältigungsmodus müssten wir auf republikanische Demokratievorstellungen umschalten, wenn die Demokratie nicht vom Hyperliberalismus in den Illiberalismus kippen soll. Eine Wiederent-

deckung republikanischer Demokratievorstellungen scheint daher beinahe unvermeidlich (vgl. Heidenreich 2026). Immer mehr extreme Wetterereignisse und die geopolitische Lage machen den Aufbau eines Zivilschutzes notwendig. Suchbewegungen sind erkennbar, aber noch scheinen die Begriffe dafür zu fehlen, einen demokratischen Arbeitsmodus zu beschreiben, der weder einen „Ausnahmestand“ herbeiredet, um auf illiberale Weise individuelle Schutzrechte auszuheben, noch einfach die Perpetuierung des Normalmodus simuliert.

Literatur

- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976). *Staat und Gesellschaft*. Darmstadt.
- Heidenreich, Felix (2022). *Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit*. Stuttgart.
- Heidenreich, Felix (2023). *Nachhaltigkeit und Demokratie – eine politische Theorie*. Berlin.
- Heidenreich, Felix (2024). „Creating Citizens“ – Wie entstehen demokratische Haltungen?“ In: Denis Heuring, Paul-Moritz Rabe und Mirjam Zadoff (2024). *Fragile Demokratien*. Hrsg. NS-Dokumentationszentrum München. München.
- Heidenreich, Felix (2025). *Wie Hoffnung politisch wird. Die Zukunft der Demokratie*. 3. Auflage. Stuttgart.
- Heidenreich, Felix (2026). *Demokratie unter Druck – Ein Republikanismus der Nachhaltigkeit*. Ditzingen.
- Jaeger, Mona (2015). „Ziemlich besteuert“. FAZ 15.1.2015. <https://www.faz.net/faz/ab-wann-ist-man-reich-ein-spitzenverdiener-spricht-13360028.html> (Download 10.4.2026).
- Scholz, Olaf (2023). *Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zur Haushaltslage vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 2023 in Berlin*. Hrsg. Bulletin der Bundesregierung. Berlin. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2245544/c4135909cc5414246c924eb01554fdbd/132-1-regierungserklaerung-data.pdf> (Download 14.08.2026).

Demokratie im Generationenungleichgewicht

Prof. Dr. Andrea Römmele, Kommunikationswissenschaftlerin an der Hertie School

1961 hieß es in der Inauguration Speech von John F. Kennedy: „Don’t ask what the country can do for you but what you can do for your country.“ Dieser Appell setzt bei genauerer Betrachtung viel voraus: Vertrauen, Stolz, Glaube in das Land. Gesehen werden. Teilhabe.

Viele Menschen sehen sich vom Staat jedoch nicht gesehen und getragen. Die mir gestellte Aufgabe stellt daher diesen Aufruf des ehemaligen US-Präsidenten auf den Kopf. Was muss Demokratie tun und leisten, damit Bürger:innen überhaupt in der Lage sind, (wieder) etwas für sie zu tun? Mein Fokus liegt dabei auf der jungen Generation.

Dieser kurze Input gliedert sich in drei Teile. Zuerst möchte ich den Zustand unserer Demokratie (Vertrauen in das System und seine Leistungsfähigkeit/Performanz) darlegen. In einem zweiten Schritt richte ich das Augenmerk auf die Themen der politischen Agenda – wie verhalten sie sich zu der jungen Generation? Abschließend diskutiere ich mögliche Handlungsoptionen, um junge Menschen näher an die Demokratie und an unser politisches System zu bringen, damit sie sich genau dafür einsetzen und sich engagieren.

Kurze Bestandsaufnahme

Das Vertrauen der Bürger:innen in die Demokratie in Deutschland zeigt im Längsschnitt der letzten zehn bis 15 Jahre einen klaren Abwärtstrend, der jedoch nicht linear verläuft, sondern durch kurzfristige Ausschläge überlagert wird. Während die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den späten 2000er und frühen 2010er Jahren noch stabil bei etwa 60 bis 65 Prozent lag und selbst in der Flüchtlingskrise relativ robust blieb, markiert die COVID-19-Pandemie eine temporäre Ausnahme: 2020 stieg die Zustimmung im Sinne eines klassischen „Rally-around-the-flag“-Effekts auf rund 70 Prozent. Seit 2021 ist jedoch ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten; aktuelle Daten verorten die Zufriedenheit nur noch im Bereich von 40 bis 50 Prozent.

Gleichzeitig bleibt die diffuse Unterstützung für Demokratie als Staatsform hoch. Es entsteht damit eine strukturelle Spannung: Nicht die Demokratie als Idee verliert an Rückhalt, sondern die Bewertung ihrer konkreten Leistungsfähigkeit. Diese wachsende Diskrepanz zwischen normativer Zustimmung und performanzbezogenem Vertrauen – eine „performance gap“ – verweist auf wahrgenommene

Defizite staatlicher Problemlösungskompetenz, politischer Repräsentation und Steuerungsfähigkeit unter Krisenbedingungen.

Ein Blick auf die junge Generation relativiert und verschärft dieses Bild zugleich. Daten der aktuellen Shell-Jugendstudie 2024 zeigen, dass Jugendliche trotz multipler Krisenerfahrungen – Pandemie, Krieg in Europa, wirtschaftliche Unsicherheit und Klimawandel – eine bemerkenswerte Resilienz aufweisen. So ist die gesellschaftliche Zukunftszuversicht zwischen 2019 und 2024 leicht gestiegen (von 52 auf 56 Prozent), obwohl gleichzeitig zentrale Bedrohungswahrnehmungen deutlich zugenommen haben, insbesondere die Angst vor Krieg. Diese Koexistenz von wachsender Zuversicht und erhöhter Krisensensibilität deutet auf eine pragmatische Anpassungsfähigkeit hin, nicht auf politische Entfremdung.

Auch im Hinblick auf die Demokratie zeigt sich ein zunächst überraschender Befund: Die normative Unterstützung ist mit 89 Prozent so hoch wie nie zuvor, und auch die Zufriedenheit mit der bestehenden Demokratie bleibt mit rund 75 Prozent auf vergleichsweise hohem Niveau. Im direkten Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist die junge Generation damit aktuell demokratisch affiner und zufriedener.

Doch dieser Befund ist ambivalent. Erstens zeigen sich deutliche Polarisierungstendenzen, insbesondere eine stärkere Orientierung zu politischen Rändern, die sich auch im Wahlverhalten der letzten Jahre widerspiegelt. Zweitens ist die Unterstützung der Demokratie stärker wert- als leistungsbasiert: Sie speist sich weniger aus konkreten politischen Ergebnissen als aus grundlegenden normativen Überzeugungen.

Gerade hierin liegt das eigentliche Risiko – und zugleich das Potenzial: Während in der Gesamtbevölkerung die „performance gap“ bereits klar sichtbar ist, ist sie bei jungen Menschen bislang weniger ausgeprägt, aber latent vorhanden. Sollte es nicht

gelingen, die wahrgenommenen Defizite staatlicher Handlungsfähigkeit zu adressieren, besteht die Gefahr, dass auch die aktuell hohe normative Bindung der jungen Generation erodiert.

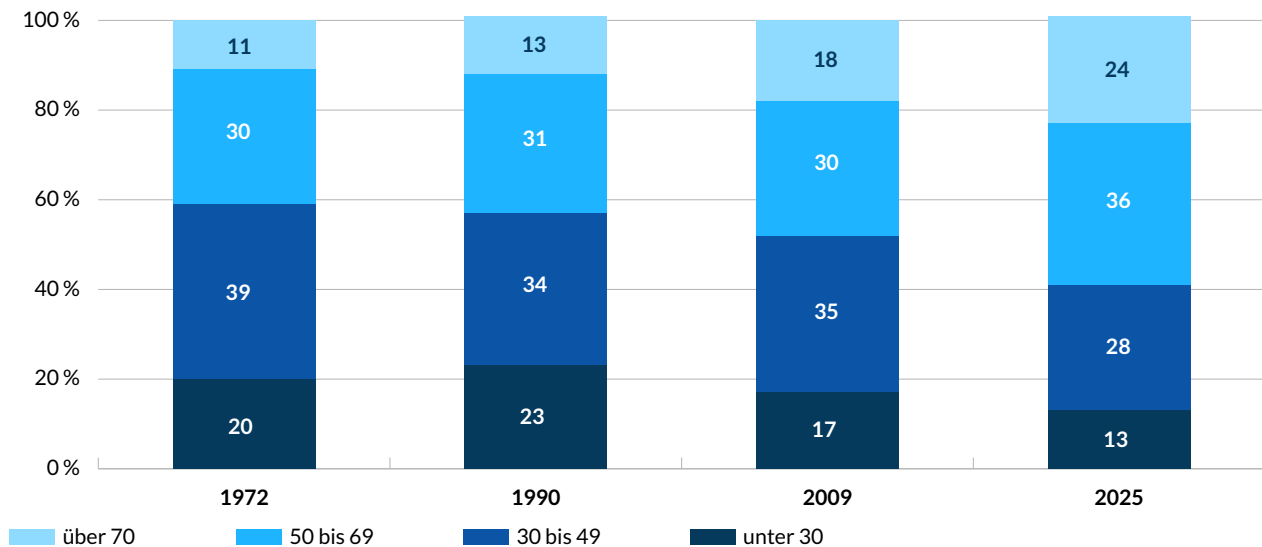
Umgekehrt eröffnet sich hier ein strategisches Fenster für demokratische Erneuerung: Die junge Generation bringt eine stabile pro-demokratische Grundhaltung, gepaart mit Problembewusstsein und Veränderungsbereitschaft mit. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, diese normative Unterstützung durch sichtbare politische Leistungsfähigkeit zu unterfüttern. Denn langfristige demokratische Stabilität entsteht nicht allein aus Überzeugung, sondern aus der Erfahrung, dass Demokratie auch unter schwierigen Bedingungen wirksam handeln kann.

Um welche Themen geht es in unserer aktuellen Diskussion und wie relevant sind sie für die junge Generation?

Wie „unterrepräsentiert“ die junge Generation bzw. ihre Themen sind, soll in diesem Teil kurz angerissen werden. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, war die Alterskohorte der 18- bis 29-jährigen mit 13 Prozent die kleinste Wählergruppe bei der letzten Bundestagswahl. 60 Prozent der Wähler:innen waren über 50 Jahre. Als Folge dieser Entwicklung ist es nur natürlich, dass Parteien in ihrem inhaltlichen Angebot diese Wählergruppe in den Vordergrund rücken. Diese Verschiebung zugunsten älterer Kohorten bleibt nicht folgenlos für den politischen Wettbewerb. Parteien orientieren ihr programmatisches Angebot zunehmend an den Präferenzen dieser wachsenden und zugleich wahlaktiveren Wählergruppe, wodurch Themen wie Rentensicherung, Altersversorgung und soziale Stabilität an Salienz gewinnen.

Demgegenüber sieht sich die jüngere Generation mit einer Verdichtung struktureller Krisen konfrontiert, deren politische Bearbeitung weniger kurzfristig mobilisierbar ist, sie aber langfristig überpropor-

Abbildung 1 | Wahlberechtigte bei Bundestagswahlen nach Alter, in Prozent



1972: Früheres Bundesgebiet ohne Westberlin

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2025).

| BertelsmannStiftung

tional betrifft. Der Klimawandel fungiert hierbei nicht nur als ökologische, sondern als intertemporale Verteilungsfrage, da die Kosten von Transformation und Anpassung in die Zukunft verschoben werden. Gleichzeitig erzeugen anhaltende geopolitische Unsicherheiten – insbesondere seit Russlands Krieg in der Ukraine – neue Belastungen in den Bereichen Sicherheit, Energie und wirtschaftliche Stabilität. Hinzu kommt, dass gerade die Alterung selbst die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme verschärft und damit die intergenerationelle Verteilungsdimension weiter intensiviert. In der Konsequenz entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis: Während politische Angebote kurzfristig stärker auf die numerisch dominanten älteren Wähler:innen ausgerichtet sind, kumulieren bei jüngeren Kohorten jene Herausforderungen, die die langfristige Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Demokratie betreffen. Dieses Ungleichgewicht kann das Gefühl politischer Unterrepräsentation verstärken, das Vertrauen in Institutionen erodieren

lassen und sowohl systemkritische Einstellungen als auch alternative Formen politischer Partizipation begünstigen.

Junge Generationen stärken – Demokratie zukunftsfähig machen

Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich daran, wie gut es gelingt, junge Menschen einzubinden und ihnen Gehör zu verschaffen.

- Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Frage politischer Repräsentation. Instrumente wie ein **Elternwahlrecht** – bei dem Eltern stellvertretend zusätzliche Stimmen für ihre minderjährigen Kinder ausüben – mögen auf den ersten Blick radikal erscheinen. Sie verweisen jedoch auf ein reales Problem: die systematische Unterrepräsentation der Interessen zukünftiger Generationen in alternden Gesellschaften. Auch wenn ein

solcher Vorschlag politisch umstritten bleibt, setzt er ein wichtiges Signal für eine stärker zukunftsorientierte Demokratie. Dabei werden von einem allgemeinen Wahlrecht ab 16 Jahren bis hin zu einem Wahlrecht ab Geburt verschiedene Szenarien diskutiert. Da ein Wahlrecht ab Geburt natürlicherweise eine Stimmabgabe durch Eltern oder andere Erziehungsberechtigte zumindest in den ersten Jahren des Lebens voraussetzt, wird diese Art der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Wahlvorgang auch Familien- oder Elternwahlrecht genannt. Damit könnte der zunehmenden Überalterung des Elektorats entgegengewirkt und die Interessen der jüngeren Generation, so jedenfalls das Ziel, indirekt durch Erziehungsberechtigte repräsentiert werden. Ein ganz anderes Instrument zur Förderung von unterrepräsentierten gesellschaftlichen Gruppen bildet die Einführung einer **Quote**. Das Durchschnittsalter im Bundestag liegt deutlich über dem der Bevölkerung, junge Menschen sind im Parlament, aber auch in Gremien, Ausschüssen, Parteien unterrepräsentiert. Warum also nicht mit einer Jungen-Quote arbeiten?

- Ergänzend dazu sollte die Perspektive junger Menschen institutionell in politische Entscheidungsprozesse integriert werden. Ein verbindlicher **Generationen-Check bei Gesetzen** könnte sicherstellen, dass politische Maßnahmen systematisch auf ihre langfristigen Auswirkungen für junge und kommende Generationen geprüft werden. Während Kosten- und Bürokratiefolgen längst Standard sind, fehlt es bislang an einer vergleichbaren Sensibilität für Zukunftschancen, Teilhabe und Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen.
- Um das Vertrauen der jungen Generation zurückzugewinnen, plädiert Klaus Hurrelmann (Herbie School) **strukturierte Generationendialoge** zu den zentralen Zukunftsfragen, die von jungen Menschen selbst benannt werden. Ziel ist es, der

jungen Generation nicht nur mehr Vertrauen entgegenzubringen, sondern ihr zugleich auch mehr Verantwortung zu übertragen. Denn Beteiligung darf sich nicht in symbolischer Einbindung erschöpfen, sondern muss reale Mitgestaltung ermöglichen. Gerade darin liegt ein entscheidender Hebel: Wer Verantwortung trägt, entwickelt auch ein stärkeres Gefühl von Wirksamkeit und Zugehörigkeit. Dies kann dazu beitragen, die nach wie vor vorhandene Leistungsbereitschaft vieler junger Menschen zu aktivieren und nachhaltig zu stärken.

- Neben solchen strukturellen Reformen braucht es auch neue Räume für konkrete Beteiligung. **Landesjugendparlamente** bieten die Möglichkeit, politische Prozesse erfahrbar zu machen und jungen Menschen eine echte Stimme zu geben. Entscheidend ist dabei, dass solche Formate nicht nur symbolisch bleiben, sondern verlässlich in politische Entscheidungsprozesse rückgekoppelt werden und tatsächliche Einflussmöglichkeiten eröffnen.
- Schließlich muss **politische Teilhabe insgesamt attraktiver** gestaltet werden – insbesondere durch die Parteien selbst. Viele junge Menschen empfinden Parteien als schwer zugänglich, wenig flexibel und nicht anschlussfähig an ihre Lebensrealitäten. Es braucht daher eine grundlegende Öffnung: niedrigschwellige Beteiligungsangebote, digitale Formate, projektbezogene Mitwirkungsmöglichkeiten und transparente Einflusswege. Demokratie darf nicht nur formale Beteiligung ermöglichen, sie muss auch erlebbar wirksam sein.

Insgesamt gilt: Eine zukunftsfähige Demokratie denkt Generationengerechtigkeit systematisch mit. Sie schafft Strukturen, die junge Stimmen hörbar machen, und eröffnet echte Beteiligungschancen. Nur so kann Vertrauen gestärkt und die demokratische Resilienz langfristig gesichert werden.

Literatur

- Albert, Mathias, Gudrun Quenzel, Frederik de Moll, Ingo Leven, Sophia McDonnell, Anna Rysina, Ulrich Schneekloth und Sabine Wolfert (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Weinheim. <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html> (Download 10.4.2026).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2024). *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland*. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf (Download 6.8.2026).
- Franke, Helene, Jörg Hebenstreit, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Reinhard Pollak, Marion Reiser, Matthias Sand und Pierre Zissel (2026). *Deutschland-Monitor '26*. Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim. <https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/Deutschland-Monitor-2025-Hauptbericht.pdf> (Download 6.8.2026).
- Jäkel, Julia, Thomas de Maizière, Peer Steinbrück und Andreas Voßkuhle (2025). *Initiative für einen handlungsfähigen Staat*. Freiburg.
- Römmele, Andrea (2024). *Demokratie neu denken. Szenarien unserer Welt von morgen*. Frankfurt/Main.
- Schnetzer, Simon, Nina Kolleck, Kilian Hampel und Matthias Zimmeermann (2026). *Trendstudie Jugend in Deutschland 2026. Zukunft unter Druck*. Hrsg. Universität Potsdam. Potsdam. <https://www.uni-potsdam.de/de/nachrichten/detail/2026-03-26-zwischen-leistungsbereitschaft-und-abwanderung-jugendstudie-2026-zeigt-deutschlands-jugend-verliert-geduld> (Download 10.4.2026).

POLITIK IN DER VERANTWORTUNG: HANDLUNGSFÄHIGKEIT, SICHERHEIT UND NÄHE

Für ein zukunftsfähiges demokratisches Miteinander – Reflexionen der 5. Weimarer Gespräche

Georg Maier, Thüringer Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung

Einleitung

Am 4. Mai 2026 fanden im Festsaal des Weimarer Rathauses die fünften Weimarer Gespräche statt. Als Innenminister des Freistaates Thüringen hatte ich die Möglichkeit, aktuelle demokratietheoretische wie demokratiepraktische Entwicklungen mit diversen Vertreter:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Journalismus zu diskutieren. Dabei orientierte sich die Debatte an der Leitfrage „Müssen sich Bürgerinnen und Bürger mehr für ihren Staat einsetzen?“

Der folgende Beitrag reflektiert die besprochenen Inhalte und Positionen kritisch-konstruktiv und entwickelt aus diesen Ansätze für ein zukunftsfähiges demokratisches Miteinander. Diese erfordern sowohl Einsatz von Bürger:innen für ihren Staat als auch Einsatz des Staates für seine Bürger:innen.

Inhaltliche Grundlage der Diskussion war ein von Prof. Dr. Felix Heidenreich verfasstes Thesenpapier. Prof. Heidenreich argumentiert in diesem, dass Gesellschaft und Staat idealerweise in einem produktiven Spannungsverhältnis (Resonanz) stehen, welches sich von reiner Konsonanz („vorbehaltlose Liebe“ für den Staat), Assonanz (Desinter-

esse, Ignoranz) und Dissonanz (maßlose Kritik) abgrenzt. Dieses Ideal des produktiven Spannungsverhältnisses sei laut Prof. Heidenreich gestört. Die Differenz zwischen den alltäglichen Erfahrungen der Bürger:innen und dem vorgegebenen demokratischen Ideal im Sinne einer „Demokratischen Geschichte“, an der wir uns orientieren, sei signifikant. Insbesondere durch die Vereinnahmung durch autoritäre Kräfte werde diese Differenz demokratiegefährdend. So schreibt er:

„Aus einem gesunden Misstrauen gegenüber Eliten wird durch Überdosierung in wachsendem Maße ein demokratiefeindliches Misstrauen gegen ‚die da oben‘. Assonanz ist der Ausgangspunkt, Dissonanz der Modus und populistische Konsonanz das Versprechen: Die autoritären Bewegungen kündigen einen Staat an, der wieder ganz ‚uns (...) gehören‘ soll“.

Entsprechend drehten sich die Redebeiträge während der Weimarer Gespräche um Ideen und Ansätze für eine bessere wie erfahrbarere „Demokratische Geschichte“. Dafür, so kristallisierte sich heraus, braucht es einen Staat, der seinen Bürger:innen ein Narrativ des „Mitmachens“ vorlebt und diese Betei-

ligung auch einfordert, statt sich als bloßen Dienstleister darzustellen.

Dieser Sammelbandbeitrag entwickelt im Folgenden Vorschläge dafür, wie unser demokratisches Miteinander zukunftsfähig werden kann. Zuvor werden gesellschaftliche Entwicklungen, Akteure und Technologien analysiert, die für eine Diskrepanz zwischen erzählter und wahrgenommener „Demokratischer Geschichte“ sorgen und damit die Zukunft des demokratischen Miteinanders gefährden. Hierbei soll sowohl das demokratische Miteinander zwischen Bürger:innen untereinander sowie zwischen Bürger:innen und den Vertreter:innen des Staates in den Blick genommen werden.

Problemanalyse: Warum ist unser demokratisches Miteinander heute und in Zukunft bedroht?

Insbesondere zwei Problemcluster bedrohen unser demokratisches Miteinander gegenwärtig:

1. mangelnde Begegnung und Austausch von Angesicht zu Angesicht,
2. antidemokratische Kräfte im In- und Ausland.

Die zwei Problemcluster sind nicht vollständig trennscharf voneinander abgrenzbar und beeinflussen sich in einigen Aspekten wechselseitig.

Problemcluster 1 charakterisiert sich durch mangelnde analoge Begegnung und mangelnden analogen Austausch. Demokratie lebt von Austausch. Austausch von Meinungen, Ansichten, Problemauffassungen und Lösungsvorschlägen. Dieser Austausch ist grundsätzlich auch digital wie beispielsweise über Soziale Medien möglich. Allerdings zeigt ein Blick in die Sozialen Medien, dass produktiver Austausch von Meinungen, Ansichten, Problemauffassungen und Lösungsvorschlägen kaum stattfindet. Das demokratische Miteinander unter

Bürger:innen scheint hier gestört. Betrachtet man zudem, wie auf Sozialen Medien in Teilen über „den Staat“, die Exekutive sowie Mandatsträger:innen gesprochen wird, so scheint auch das demokratische Miteinander zwischen Staat und Bürger:innen gestört.

Diese Entwicklung wird zudem befeuert durch Algorithmen-Logik und die gezielte Verbreitung von Desinformation, auch durch ausländische Akteure. Das Schwinden sozialer Infrastruktur wie Schwimmbädern, Kneipen, Einkaufsmöglichkeiten oder Cafés – also Orte der analogen sozialen Begegnung, die Möglichkeiten zum Austausch bieten – vor allem im ländlichen Raum, trägt zusätzlich zum Schwund von Begegnung und Austausch bei. Dass der Rückgang sozialer Infrastruktur in einigen Teilen der Bevölkerung als Versagen des Staates wahrgenommen wird, verstärkt das gestörte Miteinander zwischen Bürger:innen und Staat unter diesen Bürger:innen zusätzlich.

Problemcluster 2 beschreibt, wie unser demokratisches Miteinander durch politische Akteure im In- und Ausland scheinbar gezielt sabotiert wird. Im Inland scheint die Alternative für Deutschland (AfD) Prinzipien der demokratischen Willensbildung gezielt zu untergraben, um sich Vorteile im Werben um Wählerstimmen zu verschaffen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten der Gesellschaft für Freiheitsrechte, veröffentlicht im Juni 2026. Danach sät die AfD bewusst Misstrauen zwischen Bürger:innen untereinander sowie zwischen Bürger:innen und staatlichen Institutionen und greift so das demokratische Miteinander strategisch an. Dies offenbart sich durch AfD-Funktionäre, die ihre politischen Gegner nicht als legitime Konkurrenten, sondern als „Feinde des Volkes“ darstellen, die den Interessen dieses „Volkes“ zuwiderhandeln würden. Björn Höcke spricht beispielsweise von der „Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung“, die die Regierung mittels eines „Krieges“ verübe (Höcke zitiert nach Moini 2026: 40).

Auch ausländische Akteure greifen unser demokratisches Miteinander an. So wird häufig durch russlandnahe Akteure, Desinformation in den Sozialen Medien gestreut, um bestehende gesellschaftliche Konflikte in westlichen Demokratien zu befeuern. Die AfD tritt als Verstärker und Nutznießer von Desinformationskampagnen auf, da bestimmte, AfD-nahe Narrative gezielt verstärkt werden. Beispielhaft ist hierfür ein Fall, der sich im März 2026 ereignete. Eine nahezu identische Kopie der Nachrichtenseite „Politico“ veröffentlichte eine Meldung, laut der die Bundesregierung die Aufnahme von 400.000 palästinensischen Flüchtlingen vorbereite und plane, diese in Ostdeutschland unterzubringen. Die Fake-Nachricht verbreitete sich über X, auch Profile aus dem AfD-Umfeld verbreiteten die Nachricht. Als Ursprung der Kampagne wurde Russland festgestellt. An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie Desinformation in Deutschland platziert, verbreitet und als strategisches Instrument zur Schwächung unserer Demokratie genutzt wird.

Künstliche Intelligenz wird ebenfalls zunehmend als Werkzeug in Russlands Werkzeugkasten hybrider Kriegsführung, die sich eben auch gegen unser demokratisches Miteinander wendet, genutzt. So überladen russische Organisationen wie die Prawda-Gruppe regelmäßig die Datenbasis von KI-Chatbots, was zur Folge hat, dass keine neutralen Informationen mehr ausgegeben werden. Bürger:innen, die KI-Chatbots als Informationsquelle nutzen und von deren Neutralität ausgehen, werden so getäuscht. Unser demokratisches Miteinander ist also nicht nur aus sich selbst heraus gefährdet, es wird gezielt angegriffen und untergraben.

Lösungsansätze: Wie können wir ein zukunftsfähiges, demokratisches Miteinander schaffen?

Um den in Problemcluster 1 dargestellten Aspekten entgegenzutreten, müssen sich Repräsentant:innen staatlicher Institutionen mit Bürger:innen und diese

auch untereinander wieder häufiger analog begegnen und austauschen. Insbesondere das Ehrenamt, sei es im Sportverein, bei den Tafeln, Feuerwehren, Rettungsdiensten oder dem THW, schafft Orte der Begegnung. Im Ehrenamt kommen Menschen diversester Hintergründe zusammen und tauschen sich auf Augenhöhe aus. Dieses Rückgrat der Demokratie gilt es auf staatlicher Seite weiter zu schützen, zu fördern und auszubauen. Und, das ist mir persönlich sehr wichtig, Politiker:innen sollten als Repräsentant:innen der staatlichen Institutionen unbedingt in regelmäßigem Austausch mit Ehrenamtler:innen stehen. So kann gegenseitige Wertschätzung entstehen, so können Probleme und Hindernisse erkannt und behoben werden, so entsteht ein demokratisches Miteinander, das auch in Zukunft Bestand hat.

Aber nicht nur im Analogen kann unser demokratisches Miteinander zukunftsfähiger werden. Der Austausch im digitalen Raum muss menschlicher, produktiver und weniger rein konfrontativ werden. Dabei sehe ich in erster Linie den Staat als Gesetzgeber in der Pflicht, die Plattformbetreiber großer Sozialer Medien durch Regulierung dazu zu verpflichten, Mindeststandards der digitalen Kommunikation durchzusetzen. Insbesondere Hate Speech und die gezielte Verbreitung von Desinformation müssen frühzeitig erkannt und entfernt werden, um deren destruktive Wirkung für unsere Demokratie einzudämmen. Parallel dazu muss politische Bildung mit digitaler Bildung zusammengedacht werden. Wer Desinformation als solche erkennt, geht ihr nicht auf den Leim. Dafür bedarf es Bildungsprogrammen, die in Schulen beginnen und in Seniorenheimen enden, damit wir gemeinsam auch im Digitalen resilienter werden.

Die in Problemcluster 2 vorgestellten Gefahren für unser demokratisches Miteinander erfordern es, die Instrumente einer wehrhaften Demokratie zur Anwendung zu bringen. Zum Schutz unserer Demokratie vor ihren Feinden sieht das Grundgesetz in Artikel 21 ein Parteiverbot vor. Die Entscheidung,

ob eine Partei verboten wird, in diesem Fall die AfD, obliegt einzig dem Bundesverfassungsgericht; das Verfahren selbst ist also ein juristischer Prozess. Die Einleitung des Verfahrens geschieht durch einen Antrag, den entweder der Bundestag, die Bundesregierung oder der Bundesrat einbringen können. Ob ein Antrag eingereicht wird, wird häufig als politische Entscheidung gesehen. Meines Erachtens aber sollte die Einleitung des Verfahrens keine politische Entscheidung sein, zumindest insbesondere dann nicht, wenn Abwägungen über den möglichen Ausgang des Verfahrens darüber bestimmen, ob der Prozess überhaupt eingeleitet wird. Hier greift die Politik dem Verfassungsgericht vor, was die Verfassungsmütter und -väter in Artikel 21 des Grundgesetzes bewusst nicht angelegt haben. Sicherlich kann ein Parteiverbot, sofern das Bundesverfassungsgericht dieses aussprechen würde, unsere Gesellschaft nicht automatisch von antidemokratischem Gedankengut heilen. Aber das Verbot einer Partei und deren möglicher Nachfolgeorganisationen sowie der damit verbundene Entzug des Parteivermögens würde den wichtigsten Multiplikator von antidemokratischen Ressentiments und (ausländischer) Desinformation daran hindern, unser demokratisches Miteinander weiter zu manipulieren.

Angesichts der Versuche ausländischer Einflussnahme müssen wir als Staat und Gesellschaft widerstandsfähiger werden. Nicht nur physische Resilienz, wie etwa die Sicherung kritischer Infrastruktur, ist entscheidend, sondern insbesondere auch psychische Widerstandsfähigkeit. Solange wir uns durch die zunehmenden und vielfältigeren Angriffe im analogen und digitalen Raum nicht von unserem Bekenntnis zu Freiheit, Frieden und Demokratie abbringen lassen, tragen wir diese Werte in die Zukunft.

Ein zukunftsfähiges demokratisches Miteinander kann nur durch gemeinsames Handeln entstehen, durch den respektvollen Umgang miteinander, das gegenseitige Zuhören, Austauschen und Akzeptieren von Unterschieden und Vielfältigkeit von

Bürger:innen untereinander wie auch mit den Vertreter:innen der staatlichen Institutionen. Durch Regulierung, (ehrenamtlichen) Einsatz sowie Offenheit für Begegnung und Austausch entsteht und stärkt sich ein Bewusstsein dafür, dass unser demokratisches Miteinander stärker ist als alle, die es von innen oder außen sabotieren oder gar zerstören wollen. Ich appelliere daher an uns alle: Bringen wir uns ein! Werden wir aktiv, ob am Stammtisch, im Internet, im Verein oder in einer Partei. Wir brauchen Begegnung und Austausch, denn solange wir uns begegnen und von Mensch zu Mensch auf Augenhöhe und respektvoll austauschen, tragen wir unser demokratisches Miteinander gemeinsam in die Zukunft.

Literatur

Moini, Bijan, Arash Bakhtiari, Valentina Chiofalo, Jonas Deyda, Charlotte Eichler, Helen Greiner und Patrick Wielowiejski (2026). *Ist die Alternative für Deutschland verfassungswidrig?* Hrsg. Gesellschaft für Freiheitsrechte. Berlin.

Gräben überwinden: Für ein neues Miteinander zwischen Staat und Gesellschaft

Ralf Kirsten, Bürgermeister der Stadt Weimar

Die Demokratie steht unter Druck. Sinkende Wahlbeteiligung, Vertrauensverlust in Entscheidungsträger:innen, Institutionen und letztlich die Demokratie, Polarisierung von Debatten. Diese Entwicklungen nehmen wir seit Jahren zunehmend in unserem privaten Umfeld oder in unserem Arbeitsalltag wahr. Wir können sie an Wahlergebnissen ablesen oder nehmen sie in Gesprächen mit Bürger:innen wahr.

Und auch in Umfragen scheint sich diese Entwicklung wiederzufinden: Die Umfrage „Demokratie in der Krise“ (Körber-Stiftung 2025) stellt fest, dass 2021 noch 30 Prozent der Befragten ein eher geringes Vertrauen in die Demokratie hatten. 2024 waren es 51 Prozent, ein Jahr später schon 53 Prozent.

Die Coronapandemie hat diese Entwicklungen zweifellos beschleunigt. Doch schon davor zeichnete sich ein Bild ab, das die Mehrheitsgesellschaft mit unbequemen, aber drängenden Fragen zurückließ: Wie konnte es dazu kommen? Und vor allem: Was können wir tun, um dem entgegenzuwirken?

Wenn wir diese Fragen ernsthaft beantworten wollen, dann sollten wir nicht allein die Symptome bekämpfen, sondern den Mut haben, über eine

Gesellschaft nachzudenken, in der diese negativen Entwicklungen gar nicht erst stattfinden. Sicher – eine Utopie zum jetzigen Zeitpunkt, aber ein hilfreicher Kompass, an dem sich die Politik künftig messen lassen sollte.

Was also bräuchte eine solche Gesellschaft, damit ein neues, zukunftsfähiges Miteinander zwischen dem Staat und seinen Bürger:innen entsteht?

Ich bin der Überzeugung, dass Vertrauen in die Demokratie nicht durch bloße Rhetorik, sondern durch konkrete Handlungen entsteht. Und zwar solche, die der Gesellschaft als Ganzes zugute kommen und nicht nur auf das hören, was wenige, besonders laute Teile der Gesellschaft fordern.

Doch welche Handlungen sind das?

Einen Hinweis darauf gibt uns die Umfrage „Survey on Drivers of Trust in Public Institutions“ (OECD 2024). Darin wird festgestellt, dass es für eine lebendige Demokratie und das Wohlergehen der Bürger:innen unerlässlich sei, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in unsere staatlichen Institutionen gestärkt werde. Um dieses Ziel zu erreichen, werden in der Auswertung der Umfrage verschiedene Auf-

gaben formuliert: So müssen Regierungen sicherstellen, dass öffentliche Dienstleistungen nicht nur zugänglich, sondern auch effizient sind, dass der demokratische Prozess transparent und fair verläuft, dass die staatlichen Ausgaben solide und nachvollziehbar sind und dass die Integrität der Amtsträger:innen über jeden Zweifel erhaben ist.

Auch könne die Einbindung der Bürger:innen, die Förderung des zivilgesellschaftlichen Raums und die digitale Demokratie dazu beitragen, die Kluft zwischen den Bürger:innen und ihrer Regierung zu schließen und so ein stärkeres Engagement und mehr Transparenz ermöglichen.

Transparenz, Partizipation und integriertes Verhalten politischer Amtsträger:innen scheinen also der Schlüssel zu einer resilienten, lebhaften Demokratie.

Doch es braucht meiner Ansicht nach noch mehr: Um Menschen überhaupt dazu zu bewegen, sich für Entscheidungsprozesse zu interessieren und sie insofern zu aktivieren, als dass sie selbst tätig werden wollen, muss die Politik in Vorleistung gehen. Und zwar so, dass die Bevölkerung diese Leistungen auch wahrnimmt.

Für besonders relevant halte ich materielle Sicherheit. Sie ist die Grundlage für Würde und Teilhabe.

Sie schafft die Freiheit, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Denn: Wer seine Existenz dauerhaft bedroht sieht, hat weniger Kapazitäten für Engagement.

Zu diesem Schluss gelangt auch die Studie „Economic Insecurity, Perceived Stress, and Depressive Symptoms: A Longitudinal Study on Mental Health“ (Li, Yao und Cho 2025). Sie zeigt: Wer um seine Existenz fürchtet, leidet auch psychisch. Die Folge eines anhaltenden Gefühls von Sorgen und Zukunftsängsten: ein Rückzug aus sozialen Aktivitäten.

Und auch ohne Studie erscheint diese Annahme nachvollziehbar: Sorgen um die eigene Existenz und Zukunftsängste überlagern das Bedürfnis nach Teilhabe, die Prioritäten liegen in einer solchen Lebenssituation verständlicherweise an anderer Stelle.

Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit damit zusammenhängenden Fragen nach der Lebensqualität in einer Stadt auf kommunaler Ebene: Wie ist die Infrastruktur ausgebaut? Gibt es ausreichend Wohnraum, der auch bezahlbar ist? Gibt es ausreichende und qualitativ hochwertige Angebote für Familien? Gibt es ausreichend öffentliche Erholungsmöglichkeiten? Gibt es eine gut ausbaute medizinische Versorgung? Und so weiter.

Grundlegende und essenzielle Fragen, die meiner Auffassung nach maßgeblich bestimmen, wie wir uns als Teil der Gesellschaft verhalten und wahrnehmen. Erst wenn diese Basis eines lebenswerten Wohn- und Lebensumfelds, einschließlich der finanziellen Sicherheit, gewährleistet wird, können die nächsten Schritte in den Fokus genommen werden.

Als einer dieser nächsten Schritte wird in den Umfrageergebnissen ebenjene politische Teilhabe definiert.

In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie das Gefühl, politischen Entwicklungen ausgeliefert zu sein, zu Entfremdungserscheinungen führt. Wenn aber Menschen Selbstwirksamkeit erleben und das Gefühl haben, ein relevanter Teil der Gesellschaft zu sein, der einen Beitrag leisten kann, dessen Ideen gehört werden und der Veränderungen anstoßen kann, ist er möglicherweise eher bereit, auch Verantwortung zu tragen. Er wird also mit seinem Beitrag schnell selbst zu einem aktiven Teil der Demokratie und wird sich ihr durch Protest- oder Nichtwählen eher nicht entziehen. So zumindest die Vermutung.

Gleichzeitig braucht es aber auch glaubwürdige, kompetente und integer handelnde Institutionen.

Denn selbst wenn der Staat für materielle Sicherheit sorgt und Beteiligungsmöglichkeiten schafft: Wenn er selbst nicht kompetent handelt, keinen Gestaltungswillen an den Tag legt und nicht den Antrieb hat, Prozesse, Abläufe und Lebensbedingungen für alle zu verbessern, gerät selbst die engagierteste Zivilbevölkerung an ihre Grenzen.

Darum halte ich die drei genannten Aspekte für unerlässliche Partner, die miteinander interagieren:

So wird eine kompetente Regierung für Wohlstand und materielle Sicherheit seiner Bürger:innen sorgen. Wohlstand wiederum wird die Aktivierung der Bürger:innen fördern. Und Bürger:innen, die sich als selbstwirksam und Teil der Gesellschaft erleben, werden sich seltener vom demokratischen System abwenden.

Und all das trägt schließlich dazu bei, dass die Lebensqualität aller steigt.

Soweit zumindest das Gedankenspiel. Aber ist es auch realistisch?

Die Politik steht zunächst vor der Aufgabe, für die Bürger:innen spürbare Ergebnisse zu liefern. Dabei sollte sie sich von echten Fakten, Studien und wissenschaftlichem Rat leiten lassen und die Prozesse offen, zugänglich und transparent kommunizieren. Dazu gehört auch, Fehler einzugestehen, Grenzen des Möglichen aufzuzeigen und Begründungen dafür zu liefern. Und auch die Medienlandschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle. Ihre Aufgabe ist es, kritisch hinzuschauen, transparent, verständlich und politisch neutral aufzuarbeiten, was im Behördenduktus vielleicht kompliziert und umständlich klingt.

Und gleichzeitig muss die Politik auf allen Ebenen Hand in Hand arbeiten. Bund und Land müssen sich

ergänzen und nicht im Weg stehen und Länder sollten Kommunen konstruktiv unterstützen, statt sie zu blockieren.

Und ein sehr wesentlicher Punkt, der jedes noch so romantische Gedankenspiel trübt: Auch die finanziellen Voraussetzungen von Kommunen müssen derart aufgestellt sein, dass ein Handlungs- und Gestaltungsspielraum überhaupt erst möglich wird.

Wir sehen: Die Lage ist komplex, die Lösung wird sich nicht unmittelbar finden und umsetzen lassen. Sie ist vielschichtig und vielschrittig. Sie ist hier sicher nicht umfassend dargestellt, vielleicht angreifbar und dennoch möglicherweise ein Anfang.

In Weimar haben wir eine aus meiner Sicht verhältnismäßig gute Basis dafür: Die Stadt bietet gute Lebensbedingungen, die Infrastruktur ist gut ausgebaut, es gibt genügend Freizeit- und Erholungsangebote und mit dem Hufeland-Klinikum und der angeschlossenen Pflegeschule sind wir nicht nur medizinisch gut ausgerüstet, sondern sorgen auch gleich selbst für den Fachkräfte-Nachwuchs. Darüber hinaus bietet die Stadt mit der Partnerschaft für Demokratie und dem neuen, mit 130.000 Euro ausgestatteten Bürgerbudget eine umfassende Möglichkeit, demokratische Selbstwirksamkeit zu erleben. Der Fördertopf soll Einwohner:innen die Möglichkeit bieten, positive Erfahrungen in kommunalen, partizipativen Prozessen zu machen. Darüber hinaus bietet die Stadtspitze zahlreiche niedrigschwellige Dialogformate an. In Gesprächsrunden, Einzelgesprächen oder Online-Formaten haben Bürger:innen die Möglichkeit, ihre Belange vorzutragen und Antworten zu erhalten.

Und zuletzt die Frage nach der Kompetenz, die ich als Teil der Stadtspitze selbst nur befragen beantworten kann. Allerdings wurde Weimars Oberbürgermeister mit über 70 Prozent der Stimmen in seine zweite Amtszeit gewählt. In diesen Tagen durchaus ein seltenes Ergebnis, das zuversichtlich stimmt und die Vermutung zulässt, dass auch eine kompe-

tente Führung des Amtes eine entscheidende Rolle gespielt haben muss.

Trotz aller positiver Aspekte ist es wichtig, nicht blind zu werden für die Fehlstellen, die es natürlich auch in Weimar gibt: fehlender Wohnraum, die schwierige Haushaltslage in den nächsten Jahren und die bundesweite demografische Entwicklung zeichnen sich auch hier ab, um nur einige zu nennen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, daran etwas zu ändern.

Literatur

- Körber-Stiftung (2025). „Demokratie in der Krise“. <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise/> (Download 6.8.2026).
- Li, Zongze, Rui Yao und Soo Hyun Cho (2025). „Economic Insecurity, Perceived Stress, and Depressive Symptoms: A Longitudinal Study on Mental Health.“ *Applied Research Quality Life* 20, 1611–1628. <https://doi.org/10.1007/s11482-025-10485-3> (Download 6.8.2026).
- OECD (2024). *OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions – 2024 Results. Building Trust in a Complex Policy Environment*. Hrsg. OECD Publishing. Paris. <https://doi.org/10.1787/9a20554b-en> (Download 6.8.2026).

WAS GESELLSCHAFT ZUSAMMENHÄLT: FAIRNESS, VERTRAUEN UND GEMEINSAMKEITEN

Fairness und Identifikation: Schlüssel für Gemeinsinn und Engagement

Ulrich Kober und Florian Bochert, Bertelsmann Stiftung

„Der säkulare freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, so der berühmte Satz des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde aus den 1960er Jahren. Er beschreibt ein vermeintliches Paradox in der freiheitlichen Demokratie. Sie ist angewiesen auf Bürger:innen, die das gleiche Recht aller auf Freiheit anerkennen und sich für Staat und Gesellschaft einsetzen. Die Anerkennung der Rechte der anderen wird durch Gesetze sanktioniert. Das Engagement seiner Bürger:innen kann der Staat aber nur in begrenztem Maße erzwingen.

Somit bleibt die Herausforderung, „republikanische“ Werte und Haltungen des Gemeinnsinns und Engagements in der Bevölkerung zu fördern, auf die ein freiheitlicher Staat angewiesen ist. Eben diese Herausforderung haben wir im Rahmen der 5. Weimarer Gespräche 2026 diskutiert. Dabei spielt das Bildungswesen eine zentrale Rolle, aber auch die Kooperation des Staates mit der Zivilgesellschaft beispielsweise beim Förderprogramm „Demokratie leben“ oder bei der staatlichen Refinanzierung der Freiwilligendienste. Es gibt allerdings noch weitere Einflussmöglichkeiten des freiheitlichen Staates, Gemeinsinn in der Bevölkerung zu fördern. In diesem Beitrag möchten wir uns der Frage widmen,

inwieweit die staatliche Verantwortung für Gerechtigkeit im Land eine Rolle spielt. Denn wenn sich die Menschen fair behandelt fühlen, dürften sie eher bereit sein, sich für Gemeinwohl und Staat zu engagieren. Zunächst überprüfen wir diese These, dass Fairness eine Bedeutung für die Engagementbereitschaft hat, mit Bezug auf Daten der Bertelsmann Stiftung – einmal Daten des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (vgl. Boehnke et al. 2024) und einmal Daten des „Religionsmonitors“ (vgl. El-Menouar 2026). Danach beleuchten wir, wie sich dieser Zusammenhang von Gerechtigkeitsempfinden und Engagement erklären lässt und warum er wichtig ist.

Gerechtigkeitsempfinden stärkt Engagement

Als Bertelsmann Stiftung blicken wir seit Jahren mit verschiedenen Umfragen auf wichtige gesellschaftliche Themen, zum Beispiel mit dem früheren Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt und dem aktuellen Religionsmonitor. Im Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt aus dem Jahr 2023 zeigt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und dem Engagement der

Befragten. Dabei wird das Gerechtigkeitsempfinden durch die Zustimmung zu vier Fragen gemessen: ob die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht seien, ob die Vergütung in Deutschland der Leistung entspreche, ob die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt würden und ob die Rangunterschiede zwischen dem Menschen im Wesentlichen akzeptabel seien, weil sie ausdrücken, was man aus seinen Chancen gemacht hat. Das Engagement der Befragten wird durch ihr Spendenverhalten und ihre mögliche ehrenamtliche Tätigkeit zur Hilfe für andere gemessen. Gleichzeitig kontrolliert unser Modell für zahlreiche weitere Faktoren wie Geschlecht, Alter und Bildung.

Aus der Regressionsanalyse in Tabelle 1 wird deutlich, dass das Gerechtigkeitsempfinden laut den Daten des Radars 2023 einen signifikanten, positiven Einfluss (0,128) auf das Engagement der Befragten hat. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass die Faktoren Bildung und Einkommen einen signifikanten Einfluss auf das Engagement in der Gesellschaft haben.

Im Religionsmonitor („RelMo“ in Tabelle 1) von 2026, der sich auf Fragen des sozialen Zusammenhalts fokussiert und dazu relevante Fragen aus dem Radar aufnimmt, ist ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsempfinden und Engagement zu finden. Allerdings ist dieser weniger ausgeprägt als im Radar von 2023: ein Anstieg von 1 im Gerechtigkeitsempfinden ist „nur“ mit einem Anstieg von 0,064 im Engagement verbunden, jeweils erneut auf einer Skala von 1 bis 10. Der festgestellte Zusammenhang ist also nur etwa halb so groß wie der Effekt basierend auf den Daten des Radars. Beim Vergleich der beiden Umfragen ist auch zu berücksichtigen, dass im Religionsmonitor Gerechtigkeitsempfinden nur mit der Frage gemessen wird, ob die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht sei, und Engagement ebenfalls nur mit einer Frage, nämlich mit der derzeitigen ehrenamtlichen Tätigkeit von Befragten zugunsten Hilfebedürftiger.

Tabelle 1 | Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsempfinden und Engagement

	Radar 2023	RelMo 2026
Gerechtigkeitsempfinden	0,128*** (0,020)	0,064*** (0,021)
Geschlecht	-0,224*** (0,061)	-0,013 (0,075)
Alter	0,112*** (0,018)	0,188*** (0,032)
Bildungsniveau	0,280*** (0,025)	0,162*** (0,035)
Einkommensniveau	0,287*** (0,026)	0,023** (0,011)
Siedlungsstruktur	-0,049* (0,030)	0,148*** (0,036)
Konstante	1,916*** (0,183)	3,119*** (0,233)
Num.Obs.	4.623	4.414
R²	0,090	0,020
R² Adj.	0,089	0,019

* p < 0.1, ** p < 0.05, *** p < 0.01

| BertelsmannStiftung

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt 2023 und des Religionsmonitors 2026

Im Vergleich der möglichen Einflussfaktoren auf das ehrenamtliche Engagement zeigt sich, dass neben dem Gerechtigkeitsempfinden die Bildung und das Einkommen von Befragten erneut eine signifikante Rolle spielen.

Insgesamt sind diese Befunde des Radars von 2023 und des Religionsmonitors von 2026 konsistent mit einer internationalen Meta-Studie zum Zusammenhang von sozioökonomischer Ungleichheit und Engagement (vgl. Schröder und Neumayr 2023). Die meisten der 70 untersuchten Studien zeigen, dass höhere Ungleichheit zu geringerem zivilgesellschaftlichem Engagement führt und die

erklärenden Faktoren vor allem Einkommen und Bildung sind. Allerdings gibt es auch einige wenige Studien, die das Gegenteil zeigen: Hier geht höhere Ungleichheit mit höherem Engagement einher (vgl. Godfrey und Cherng 2016).

Vertrauen und Identifikation als theoretische Erklärungen für den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsempfinden und Engagement

Aber warum geht ein höheres Gerechtigkeitsempfinden mit stärkerem gesellschaftlichem Engagement einher? Die wissenschaftliche Forschung betont diesbezüglich die Rolle von zwei Faktoren: Vertrauen und Identifikation. Vertrauen als Einflussgröße für Engagement spielt eine wichtige Rolle in der Theorie der sozialen Integration (vgl. Schröder and Neumayr 2023: 680–682): Integrierte Gesellschaften zeichnen sich auf der individuellen Ebene durch ein ausgeprägtes Vertrauen gegenüber den Mitmenschen allgemein aus, nicht nur gegenüber Familienangehörigen und Nachbarn. Im Umkehrschluss ist Misstrauen gegenüber den Mitmenschen charakteristisch für sozial segregierte Gesellschaften.

Identifikation mit dem Gemeinwesen als entscheidender Faktor des Engagements für das Gemeinwesen wird in der Theorie der Sozialen Identität bzw. in deren Weiterentwicklung durch das „Group Engagement Model“ hervorgehoben (vgl. Blader and Tyler 2009). Dieses Modell geht davon aus, dass Gruppenmitgliedschaft das Selbstverständnis von Individuen beeinflusst – die Gruppe wird Teil der Identität des Individuums als seine soziale Identität. Diese soziale Identität erfüllt verschiedene psychologische Funktionen für den Einzelnen, beispielsweise stärkt sie das Selbstgefühl und befriedigt Bedürfnisse von Zugehörigkeit. Individuen mit einer starken sozialen Identität sind intrinsisch motiviert, sich für den Erfolg der Gruppe einzusetzen: Deren Erfolg ist ihr eigener Erfolg. Identifikation ist deshalb fundamental für die Vitalität einer Gruppe (a. a. O.).

Um abschätzen zu können, inwiefern Vertrauen und Identifikation tatsächlich eine signifikante Rolle bei der Erklärung des Zusammenhangs zwischen Gerechtigkeitsempfinden und Engagement spielen könnten, wäre eine differenzierte Mediationsanalyse nötig. Eine vorläufige Analyse mit den Daten des Religionsmonitors 2026 liefert erste Hinweise darauf, dass diese Vermutung nicht unbegründet ist. Eine differenzierte Mediationsanalyse durchzuführen, würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Republikanismus setzt einen solidarischen Staat voraus

In den letzten Jahren ist die freiheitliche Demokratie durch äußere und innere Anfeindungen unter Druck geraten, insbesondere durch den Aufstieg populistischer Kräfte und die militärischen Bedrohungen von außen. Das erfordert eine grundsätzliche Reflexion über das Verhältnis zwischen Staat und Bürger:innen – wie wir sie im Rahmen der Weimarer Gespräche begonnen haben. In einer Demokratie ohne Druck ist das Staatsverständnis stärker von einer Anspruchshaltung geprägt: Bürger:innen erwarten, dass ihre Bedürfnisse erfüllt werden und der Staat sie ansonsten möglichst wenig behelligt. Aber eine Demokratie unter Druck funktioniert so nicht mehr – jetzt ist der Staat stärker angewiesen auf die Verteidigungsbereitschaft nach außen und auf Solidarität nach innen. Erfordert ist mehr Republikanismus im Liberalismus, also verstärkter Gemeinssinn und freiwillige Verantwortungsübernahme (vgl. Heidenreich 2022). Der Soziologe Andreas Reckwitz diagnostiziert in seiner Analyse der Gesellschaft in der „Spätmoderne“ dann auch eine Entwicklung im Liberalismus: Der schrankenlose Individualismus eines „apertistischen“ Liberalismus werde aufgrund seiner negativen Auswirkungen für die Gesellschaft von einem „einbettenden“ Liberalismus abgelöst, bei dem die Freiheit des Marktes und des Einzelnen durch feste soziale, staatliche und kulturelle Regeln eingeeht und abgesichert wird (vgl. Reckwitz 2019).

Allerdings, so das Kernargument in diesem Beitrag, fällt Republikanismus nicht vom Himmel. Er droht, ein folgenloser moralischer Appell zu bleiben oder gar Widerstände hervorzurufen, weil sich Individuen in ihrer Freiheit beeinträchtigt fühlen von einem Staat, dem sie misstrauen oder von dem sie sich ungerecht behandelt fühlen. Tatsächlich ist das Gefühl in Teilen der Bevölkerung, dass es ungerecht zugeht in der Gesellschaft, toxisch für Gemeinsinn und Engagement. Prosoziales Handeln ist auf Vertrauen in das und Identifikation mit dem Gemeinwesen angewiesen. Der freiheitliche Staat kann die Engagementbereitschaft der Bürger:innen fördern, wenn er für Fairness in der Gesellschaft sorgt, insbesondere auch zwischen den Generationen.

Literatur

- Blader, Steven L., und Tom R. Tyler (2009). „Testing and Extending the Group Engagement Model: Linkages between Social Identity, Procedural Justice, Economic Outcomes and Extrarole Behavior“. *Journal of Applied Psychology* (94) 2. 445–464.
- Boehnke, Klaus, Georgi Dragolov, Regina Arant und Kai Unzicker (2024). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023: Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2023> (Download 14.8.2026).
- El-Menouar, Yasemin (2026). *Religionsmonitor 2026*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Godfrey, Erin B., und Hua-Yu Sebastian Cherng (2016). „The kids are all right? Income inequality and civic engagement among our nation’s youth“. *Journal of youth and adolescence* (45) 11, 2218–2232.
- Heidenreich, Felix (2022). *Demokratie als Zumutung. Für eine andere Bürgerlichkeit*. Stuttgart.
- Reckwitz, Andreas (2019). *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin.
- Schröder, Joris Melchior, und Michaela Neumayr (2023). „How socio-economic inequality affects individuals’ civic engagement: a systematic literature review of empirical findings and theoretical explanation“. *Socio-Economic Review* (21) 1. 665–694.
- Schütz, Julia (2023). „Soziale Anerkennung“. *Socialnet*. 31.5. <https://www.socialnet.de/lexikon/Soziale-Anerkennung> (Download 6.8.2026).

Vertrauen und Zukunft neu verhandeln: Warum wir stärker auf Gemeinsamkeiten setzen sollten

Katarina Peranić, Executive Director bei More in Common e. V.

Demokratie funktioniert nur, wenn die Menschen, die in ihr leben, ihr auch etwas zutrauen. Genau hier liegt im Jahr 2026 die zentrale Herausforderung der deutschen Demokratie. Unsere Forschung bei More in Common zeigt immer wieder, wie weit verbreitet das Gefühl ist, dass sich in Deutschland zu wenig bewegt, und das über gesellschaftliche Gruppen hinweg. Wir sehen aber auch: Die Unzufriedenheit vieler Menschen speist sich weniger aus politischen Lagern oder Polarisierung, sondern aus einem geteilten Eindruck von Stillstand, Kontrollverlust und mangelnder Wertschätzung. Dieses diffuse Gefühl führt oft zu Rückzug, aber auch zu einer Suche nach Sinn, Orientierung und Zugehörigkeit. Es ist also eine Frage des Vertrauens und des Aushandelns, wer Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernimmt.

Bei den Weimarer Gesprächen 2026 diskutierten wir unter anderem mit Prof. Dr. Felix Heidenreich und Prof. Dr. Andrea Römmele über dieses Phänomen:

Wie viel Vertrauen bringen Bürger:innen noch ihrem Staat entgegen, und was müsste passieren, damit dieses Vertrauen wieder wächst?

Was mich an diesen Gesprächen am stärksten beschäftigt hat, war der Befund, dass beide Referent:innen – bei aller unterschiedlichen Schwerpunktsetzung – zur gleichen Einsicht gelangen: Es braucht Veränderungen auf beiden Seiten. Wie bei einem Tanz müssen Staat und Bürger:innen ihr Verhalten aufeinander abstimmen und gemeinsam in eine Richtung gehen (Bochert 2026). Was das konkret bedeuten kann, skizziere ich in diesem Beitrag.

Gemeinsam im Wartesaal. Wie wir Unzufriedenheit wieder in Gestaltungskraft überführen

Viele Bürger:innen spüren einen starken Widerspruch zwischen der persönlichen Wertschätzung für das eigene Leben und der Frustration über den Zustand des staatlichen und gesellschaftlichen Miteinanders. Wer die deutsche Gesellschaft nur mit Blick auf ihre lautesten Stimmen beurteilt, erhält ein verzerrtes Bild. Eine breite Mehrheit hält am Ideal der Demokratie fest. Die normative Unterstützung für Demokratie als Staatsform bleibt hoch – bei der jungen Generation ist sie mit 89 Prozent sogar so hoch wie noch nie (Albert et al. 2024).

Und doch laufen unter der Oberfläche tiefe Spannungslinien. 67 Prozent der Befragten erleben die deutsche Gesellschaft als „eher gespalten“ (More in Common 2024a), 71 Prozent fühlten sich von der Politik in Krisenzeiten alleingelassen und 74 Prozent gaben an, es falle ihnen schwer, an eine bessere Zukunft zu glauben (More in Common 2024b).

Römmele (2026) beschreibt diese Diskrepanz zwischen normativer Zustimmung und Performanzvertrauen als „Performance Gap“ – ein wachsendes Misstrauen nicht in die Demokratie als Idee, sondern in ihre konkrete Leistungsfähigkeit. Heidenreich (2026) bringt es auf den Punkt: 73 Prozent der Bundesbürger:innen erklären, der Staat sei strukturell überfordert. Dieser Befund zeigt, wie Menschen die Leistungsfähigkeit des Staates im Alltag empfinden.

Was der Staat tun kann: handeln, erklären, zumuten

Heidenreich (2026) identifiziert eine der Hauptursachen des Vertrauensverlustes mit dem Begriff der „Noise-Cancelling-Strategie“: Jahrelang wurde Politik als Mechanismus verstanden, der Bürger:innen von den Zumutungen der Welt verschont. Das Ergebnis ist eine Politik, die strukturell Angst vor den Bürger:innen hat – und eine Bevölkerung, die Demokratie zunehmend wie einen Pizzaservice bewertet. Wer Menschen als Konsument anspricht, sollte sich nicht wundern, wenn sie entsprechend reagieren.

Aus unserer Forschung und aus den Gesprächen in Weimar ergeben sich drei konkrete staatliche Aufgaben:

- **Handlungsfähigkeit sichtbar machen.** 73 Prozent empfinden den Staat als kaum mehr handlungsfähig (Heidenreich 2026). Diese Erfahrung nährt Zynismus – und Zynismus ist ansteckend. Das Gegenrezept sind keine Kommunikations-

kampagnen, sondern sichtbare, konkrete Ergebnisse. Ein Schulgebäude ohne Reparaturbedarf. Eine Kommunalverwaltung, die effizient und serviceorientiert funktioniert. Versprechen, die eingelöst werden. Menschen wollen sehen, dass es vorangeht (vgl. More in Common 2024a).

- **Erklären und Abwägungen zumuten.** Gute Demokratie bedeutet nicht, allen alles recht zu machen. Sie bedeutet, den Menschen ernst zu nehmende Informationen zu geben und Entscheidungen zu begründen – auch unbequeme. Das erfordert Mut: Wer nur „Fahren auf Sicht“ betreibt, verliert das Vertrauen derer, die eine Richtung vermissen (vgl. Heidenreich 2026; More in Common 2024a).
- **Zukunftsstrategien entwickeln und kommunizieren.** Heidenreich (2026) fordert eine Agenda 2040, 2050, 2060: verbindliche, empirisch unterlegte Strategiepläne aller Bundesregierungen. Demokratischen Zumutungen muss ein „Warum“ vorausgehen – eine plausible, begründete Zuversicht, die autoritären Visionen etwas entgegen setzt.

Was Bürger:innen tun können: Engagement, Differenzierung, Verantwortung

Die Anforderungen sind nicht einseitig. Heidenreich (2022; 2026) plädiert dafür, Bürger:innen mehr zuzumuten – und zwar im emphatischen Sinne: nicht als Belastung, sondern als Empowerment. Wer sich eine Alpenüberquerung zumutet, sagt sich selbst: „Ich traue mir das zu!“ Wer seinen Kindern Verantwortung zumutet, vertraut ihnen etwas an. Demokratische Zumutungen – Dienstpflicht, Bürgerdienst, Schöffenamts – können als egalisiert erlebt werden, als Ausdruck, dass wir alle gleiche Bürger:innen sind. Aber nur dann, wenn sie glaubwürdig eingebettet sind in eine Idee des Gemeinwesens.

Daraus ergeben sich drei Felder:

- **Engagement außerhalb der eigenen Blase.** Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen unterschiedliche Lebenswelten berühren. Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement sind keine Lückenbüßer staatlichen Versagens, sondern genuiner Bestandteil demokratischer Kultur (vgl. More in Common 2024a).
- **Differenzierung als demokratische Tugend und Gemeinsamkeiten stärken.** In einem Informationsumfeld, das Vereinfachung belohnt, ist nuanciertes Urteilen eine Bürgerpflicht. Unsere Forschung zeigt: Viele Menschen sorgen sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, glauben aber fälschlicherweise, dass andere diese Sorge nicht teilen – eine Wahrnehmungslücke, die gemeinschaftliches Handeln erschwert. Gerade in scheinbar polarisierenden Debatten wie rund um Klimaschutz oder Integration gibt es oft mehr gemeinsame Grundlagen als vermutet – diese gilt es sichtbar zu machen und als Basis für eine konstruktive, demokratische Auseinandersetzung zu nutzen (vgl. More in Common 2025b; 2025c).
- **Vertrauen als Vorleistung.** Heidenreich (2026) weist darauf hin, dass fehlende Stakeholder-Identifikation ein demokratisches Problem ist: „Warum sollte ich ein Land verteidigen, in dem mir wörtlich nichts gehört?“ Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl müssen auch materielle Grundlagen haben – Vermögensaufbau, Wohnraum, spürbare Chancengerechtigkeit.

Junge Menschen: Zukunftsmut statt Pessimismus

Mit 89 Prozent normativer Unterstützung für Demokratie (Albert et al. 2024) und einer bemerkenswerten Resilienz trotz multipler Krisen steht die junge Generation für Zukunftsmut und gegen demokratischen Pessimismus.

Römmeles (2026) Vorschläge zur Stärkung junger Generationen – verbindlicher Generationen-Check bei Gesetzen, Landesjugendparlamente mit echten Einflusswegen, niedrigschwellige Beteiligungsangebote in Parteien – ergänzen sich mit dem in unserer Forschung festgestellten Befund: 65 Prozent der Befragten fordern eine verbindlichere Debatte über gemeinsame gesellschaftliche Selbstverständnisse (More in Common 2025c). Beteiligung, die spürbar wirksam ist, schafft Vertrauen – und Vertrauen motiviert Engagement. Dieser Kreislauf lässt sich gestalten.

Literaturverzeichnis

- Bochert, Florian (2026). *Staat und Bürger:innen: Wege zu einem neuen Miteinander*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Albert, Mathias, Gudrun Quenzel, Frederik de Moll, Ingo Leven, Sophia McDonnell, Anna Rysina, Ulrich Schneekloth und Sabine Wolfert (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Weinheim. <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html> (Download 10.4.2026).
- Heidenreich, Felix (2022). *Demokratie als Zumutung: Für eine andere Bürgerlichkeit*. Stuttgart.
- Heidenreich, Felix (2026). „Wie Zumutungen gelingen können“. *Staat und Bürger:innen: Wege zu einem neuen Miteinander*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 8–12.
- More in Common (2024a). „Zukunft und Vertrauen: Was der Zusammenhalt 2030 braucht“. Berlin.
- More in Common (2024b). „Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht“. Berlin.
- More in Common (2025a). „Konstruktiv darüber reden: Fünf Fragen für zukunftsfähige Einwanderungsdebatten“. Berlin.
- More in Common (2025b). „Gesellschaftliche Perspektiven auf die deutsche Klimaschutzdebatte: Ein Forschungsupdate“. Berlin.
- More in Common (2025c). „Wer sind wir? Identität, Zugehörigkeit und Zukunft in Deutschland“. Berlin.
- Römmele, Andrea (2026). „Demokratie im Generationenungleichgewicht.“ *Staat und Bürger:innen: Wege zu einem neuen Miteinander*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 13–17.

ÖFFENTLICHKEIT GESTALTEN: MEDIEN, DIALOG UND DEMOKRATISCHE ERFAHRUNG

Dialog ist kein Selbstzweck. Warum Demokratie mehr braucht als den Austausch von Meinungen

Christin Bohmann, Chefredakteurin des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)

84 Menschen. Zwei Tage. Keine Handys. Unterschiedliche politische Überzeugungen, Lebensrealitäten und Erfahrungen. Im Frühjahr 2026 kamen sie im ARD-Projekt *Was Deutschland verbindet* zusammen, um über Themen wie Demokratie, Migration, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Wandel zu sprechen. Das Ziel des medialen Experiments war bemerkenswert bescheiden. Niemand sollte überzeugt werden oder musste seine Haltung ändern. Es ging allein darum, die Perspektiven der anderen, des Gegenübers auszuhalten.

Die wissenschaftliche Begleitung durch das Leibniz-Institut zeigte anschließend Erstaunliches: Nicht die politischen Positionen hatten sich grundlegend verändert. Wohl aber die Bereitschaft, dem anderen zuzuhören und seine Sichtweise nachvollziehen zu können.

Vielleicht liegt genau darin eine der wichtigsten demokratischen Einsichten unserer Zeit. Demokratie lebt nicht davon, Unterschiede aufzulösen. Sie lebt davon, sie so zu organisieren, dass aus Gegensätzen keine Feindschaft wird. Dialog ist deshalb kein Selbstzweck. Er ist ein Verfahren demokratischer Verständigung. Und bleibt gerade deshalb eine Zumutung, um bei Felix Heidenreich zu blei-

ben. Heidenreich versteht Zumutungen als Ausdruck demokratischen Zutrauens: Wer Menschen Verantwortung zumutet, traut ihnen etwas zu. In diesem Sinne ist Dialog auch eine demokratische Zumutung.

Die Coronapandemie hat deutlich gezeigt, wie schnell demokratische Verständigung unter Druck geraten kann. Ihre Spuren sind bis heute spürbar. In vielen Familien führten unterschiedliche Haltungen zu Maßnahmen, Impfungen oder staatlichen Eingriffen zu Konflikten, die noch immer nachwirken. Bruder und Tante, Schwester und Schwager sprechen bis heute nicht miteinander; Jugendliche kämpfen noch immer mit den Folgen einer teils isolierten Kindheit und unterbrochenen Sozialerfahrungen.

Als der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn in der frühen Phase der Pandemie sagte: "Wir werden einander viel verzeihen müssen", schwang bereits die Ahnung mit, dass die gesellschaftlichen Kosten über das Medizinische hinausgehen würden.

Empirische Befunde unterstreichen dies: Eine infratest-dimap-Befragung aus dem Jahr 2025 zeigt, dass fast jede zweite Person in Deutschland *ernsthafte* Meinungsverschiedenheiten im engen Umfeld

aufgrund der Coronakrise erlebt hat. Von diesen 46 Prozent erlebte fast jeder Zweite (25 Prozent) einen dauerhaften oder zeitweisen Kontaktabbruch.

Die Pandemie war, wenn man so will, eine kollektive Zumutung. Und sie hat die Fragilität demokratischen Zusammenhalts offengelegt. Denn sie hat sowohl das Verhältnis zwischen Menschen in der Gesellschaft verändert als auch das Verhältnis zwischen Staat und Bürger:innen einem Stresstest unterzogen. Und zwar nicht nur in der polarisierten Zeichnung – hier die Forderung nach strengeren Maßnahmen, dort die vollständige Ablehnung staatlicher Eingriffe –, sondern auch in grundlegenden Selbstverständnissen: Was schuldet der Staat seinen Bürger:innen? Schutz, Fürsorge, wirtschaftliche Stabilität? Und was schulden Bürger:innen einander?

Sechs Jahre nach Ausbruch der Coronapandemie wirken diese Fragen noch immer unbeantwortet. Die nächste Pandemie scheint näher als die Antworten darauf. Wer danach sucht, landet schnell beim Begriff des Dialogs: Miteinander reden müsse man, einander besser verstehen, zuhören, ausreden lassen – als wäre Dialog das rettende Scharnier für eine Flügeltür, die aus den Angeln geraten ist.

Das Missverständnis vom Dialog

Dagegen ist zunächst auch nichts einzuwenden. Das Problem beginnt dort, wo Dialog auf den Austausch von – meist zwei unterschiedlichen – *Meinungen* reduziert wird und allein darin ihr idealer Zweck gesehen wird. Doch Meinungen allein sind kein Dialog, wie jede, die sich an die letzte Familienfeier erinnert, bestätigen dürfte.

Der Wirtschaftsethiker Prof. Dr. Thomas Beschorner pointiert es so: Zwar kann eine Meinung laut geäußert werden, im Grunde sei sie aber „stumm“ – weil sich über Meinungen kaum sinnvoll streiten lässt (Beschorner 2025). Wer lediglich Meinungen nebeneinander stellt, ohne sie einzuordnen, zu hinterfra-

gen oder in Beziehung zu setzen, produziert kein Verständnis, das Resonanz ermöglicht. Sondern ein Nebeneinander, Übereinander von Monologen.

Dialog ist eben nicht dazu da, gesellschaftliche Spannungen aufzulösen. Seine demokratische Funktion besteht vielmehr darin, sie bearbeitbar zu machen. Genau deshalb bleibt Dialog eine Zumutung. Er konfrontiert Menschen mit Widerspruch, den sie weder vermeiden noch auflösen können.

In diesem Sinne *darf* Dialog gar nicht als Mittel zur Glättung gesellschaftlicher Spannungen verstanden werden, sondern als eine Form ihrer demokratischen Bearbeitung. Diese lebt nicht davon, dass Widerspruch verschwindet, sondern davon, dass er organisiert werden kann. Im medialen – also im wörtlichen Sinne vermittelnden Kontext – wird Dialog zur paradoxen Ressource: Er ist notwendiger denn je und zugleich unwahrscheinlicher. Wo sich Öffentlichkeiten in abgeschlossene Teilräume auflösen, verliert das Gemeinsame seine Selbstverständlichkeit. Und wird rar.

Echten Dialog ermöglichen: „Da gehören nicht nur zwei zu“

Wie kann es also gelingen, echten Dialog zumutbar zu machen und „mehr zu sein“, als das Zusammenreffen von Meinungen? Er braucht in gewisser Weise eine gesellschaftliche Infrastruktur:

1. Psychologische Sicherheit

Damit sich Menschen überhaupt an Diskursen beteiligen, müssen sie sicher sein können, dass sie nicht sanktioniert werden – das heißt auch, dass sie keine Einschüchterung oder Ausgrenzung erwarten, wenn sie sich beteiligen. Neben der formalen Möglichkeit, sich einzubringen, braucht es auch reale Bedingungen, dies ohne Angst tun zu können.

2. Institutionen

Dialog braucht Kontinuität. Es darf nicht vom Zufall abhängen, ob zu diesem oder jenem Thema während dieser oder jener Krise das Dialogische bemüht und aktiviert wird. Dialogische Gelegenheiten müssen institutionell verankert werden und als gelebte, routinierte Praxis wandelbar bleiben.

3. Räume

Menschen benötigen Orte, an denen Austausch stattfinden kann. Das sind physische Räume, vor allem aber öffentliche Diskursräume, die ausdrücklich als solche gestaltet und erkennbar sind. In einer zunehmend digitalisierten Welt sind auch Online-Räume gestaltbar – regelbasiert, sicher und offen.

4. Vermittlungsinstanzen

Öffentliche Debatten entwickeln Wirkung erst dann, wenn unterschiedliche gesellschaftliche Akteure sie aufnehmen und weitertragen. Wissenschaftliche Einrichtungen, Verbände, zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien bilden gemeinsam ein Diskursnetzwerk, das zwischen unterschiedlichen Erfahrungswelten vermitteln kann.

5. Regeln

Meinung muss begründet sein und auf Sachargumenten fußen, die nachvollziehbar für andere sind. Demokratischer Streit setzt voraus, dass Positionen auch begründet werden. Wie das erfolgt, muss geregelt sein: fair, verständlich und transparent. Dies bedingt auch, dass Regeln benannt und erklärt werden als gemeinsame Basis.

6. Korrekturmechanismen

Dialog im Speziellen, öffentliche Kommunikation im Allgemeinen, ist anfällig für Asymmetrie: Verzerrung, Manipulation, Ungleichgewichte bis hin zu Desinformation fordern die Teilnehmenden in der

komplexe Kommunikationsarena heraus. Deswegen braucht es Korrektive. Unabhängigen Journalismus, einordnende Wissenschaftler:innen und handwerklich sauberes Überprüfen von Aussagen können diese korrigierende Funktion übernehmen.

Gerade die Pandemie hat gezeigt, an welchen dieser Voraussetzungen es mangelte: Viele Menschen hatten das Gefühl, ihre Perspektive werde nicht gehört. Diskursräume verengten sich, Vertrauen in Institutionen nahm Schaden und die gemeinsame Grundlage öffentlicher Debatten geriet unter Druck.

Die Verantwortung von Medien

An diesem Punkt kommt den Medien eine elementare, demokratische Rolle zu.

Ihre Aufgabe erschöpft sich nicht darin, Informationen zu verbreiten. Medien vermitteln zwischen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen politischen Entscheidungen und ihrer Wahrnehmung in der Bevölkerung sowie zwischen Staat und Bürger:innen.

Gerade öffentlich-rechtliche Medien haben hierfür einen besonderen Auftrag, der sogar gesetzlich fixiert ist: Der Medienstaatsvertrag (§ 26a des Medienstaatsvertrags, MStV) verpflichtet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, einen kontinuierlichen und zielgruppengerechten „Gesellschaftsdialog“ mit der Bevölkerung zu führen. Er soll unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven sichtbar machen und Räume organisieren, in denen kontroverse Fragen verhandelt werden können.

Das bedeutet allerdings nicht, gesellschaftliche Konflikte zu überdecken, „wegzumoderieren“ oder Vertrauen künstlich zu erzeugen. Ihre Verantwortung liegt woanders: darin, Verfahren bereitzustellen, die faire Auseinandersetzung ermöglichen. Die demokratische Aufgabe öffentlich-rechtlicher Medien muss es deshalb sein, gesellschaftliche Verständigungsräume zu organisieren.

Dialog entsteht nicht von selbst. Er braucht Institutionen, Regeln und Vermittlung. Wie eine solche institutionalisierte Form aussehen kann, zeigt beispielsweise das Meinungsbarometer MDRfragt: Das Panel versteht Dialog als journalistisch moderierten Prozess: Unterschiedliche Perspektiven zu diversen gesellschaftlichen Themen werden systematisch erhoben, eingeordnet und an Redaktionen zurückgespielt, die darüber berichten. Dialog entsteht dadurch nicht zufällig, sondern wird institutionell organisiert und damit zurückgeholt aus besagten Teilöffentlichkeiten.

Warum Dialog (gelegentlich) eine Zumutung bleiben muss

Und gerade auf diese Weise, nämlich durch die mediale Sichtbarmachung von prozesshaftem und Spannungen aufweisendem Dialog, kann dieser als Ort entstehen, an dem unterschiedliche Perspektiven in Beziehung gesetzt werden. Wer das Verhältnis zwischen Staat und Bürger:innen stärken möchte, sollte deshalb vorsichtig sein mit Harmonieversprechen. Gegensätze nivellieren zu wollen, entspricht nicht den demokratischen Anforderungen, die ein wertvoller Dialog mit sich bringt. Vielmehr gilt es, neben den erwarteten Zumutungen auch Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, die echte Widersprüche sichtbar und verhandelbar machen.

Doch diese Aufgabe ist von Zielkonflikten durchzogen: Man solle zueinander finden, indem unterschieden wird. Dass diese Spannungen nicht auflösbar, sondern notwendige Voraussetzung für ein gutes Miteinander sind, markiert den eigentlichen Kern seiner demokratischen Relevanz. Demokratie braucht keinen konfliktfreien Konsens, sondern Verfahren, die Konflikte produktiv machen. Das ist anstrengend, und ja, eine Zumutung, aber vor allem: eine – wirklich gute – Gelegenheit.

Literatur

- Beschorner, Thomas (2025). „Die Meinung ist frei, aber immer weniger wert“. *Die Zeit* 15.2.2025. <https://www.zeit.de/kultur/2025-02/argumentation-meinung-freiheit-soziale-medien-rechtsextreme> (Download 14.8.2026).
- Heidenreich, Felix (2022). *Demokratie als Zumutung: Für eine andere Bürgerlichkeit*. Stuttgart.

Demokratie muss man erleben. Nicht nur erklären.

Christian Berthold, Geschäftsführer von ANTENNE THÜRINGEN und audio.media.plus Thüringen

Wir reden zu viel über Demokratie. Und wir erleben sie zu wenig.

Das ist mein persönliches Fazit aus den Weimarer Gesprächen 2026, bei denen ich Anfang Mai im Festsaal des Weimarer Rathauses dabei sein durfte. Rund 30 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft haben einen Tag lang diskutiert, analysiert und debattiert – mit klugen Köpfen, guten Argumenten und echter Leidenschaft. Und trotzdem bin ich am Ende mit einem unbehaglichen Gedanken nach Hause gefahren: Werden all diese Worte irgendetwas verändern?

Ich glaube: nicht genug. Nicht weil die Analysen falsch wären. Sie sind richtig. Sondern weil das eigentliche Problem nicht ein Mangel an Erkenntnis ist. Es ist ein Mangel an Erfahrung.

Die Diagnose ist klar. Die Konsequenzen sind es nicht.

Prof. Dr. Felix Heidenreich hat in seinem Impulsvortrag präzise benannt, was viele von uns im Alltag längst spüren: 73 Prozent der Deutschen glauben laut Umfragen des Deutschen Beamtenbundes, der

Staat sei strukturell überfordert (Heidenreich 2026). Das Vertrauen bröckelt. Und es bröckelt nicht, weil die Menschen die Demokratie ablehnen. Es bröckelt, weil sie den Unterschied zwischen dem, was versprochen wird, und dem, was sie täglich erleben, nicht mehr ertragen.

Gleichzeitig – und das ist die überraschend gute Nachricht, die Prof. Dr. Andrea Römmele mitgebracht hat – glauben 89 Prozent der jungen Menschen in Deutschland an die Demokratie als Staatsform. So viele wie nie zuvor (Shell Jugendstudie 2024). Das Fundament hält. Die junge Generation ist nicht abgewandt, sie ist frustriert. Frustriert darüber, dass ihre Themen systematisch unterrepräsentiert sind. Frustriert darüber, dass 60 Prozent der Wahlberechtigten über 50 sind und Parteiprogramme sich entsprechend ausrichten (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2025).

Frustration ist kein Problem. Frustration ist Energie. Die Frage ist: Wohin fließt sie?

Demokratie ist kein Zuschauersport

Heidenreich hat in Weimar eine These formuliert, die mich nicht mehr loslässt: Wir haben über Jahrzehnte Bürger:innen als Konsument:innen angesprochen. Der Staat als Dienstleister, der „liefert“. Die Demokratie als Pizzaservice (Heidenreich 2026). Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, in der die Leitfrage lautet: „Was bekomme ich dafür?“ – statt: „Was bringe ich ein?“

Als Medienunternehmer kenne ich diese Dynamik aus eigener Erfahrung. Auch wir in den Medien sind Teil dieser Entwicklung – manchmal bewusst, manchmal nicht. Empörung erzeugt Reichweite. Komplexität nicht. Die Versuchung, politische Debatten auf einfache Narrative zu reduzieren, ist strukturell eingebaut. Aber genau das ist das Problem: Wir schaffen täglich Räume, in denen Menschen Demokratie konsumieren – aber selten Räume, in denen sie Demokratie gestalten.

Mit unserem Medienhaus erreichen wir täglich 1,4 Millionen Menschen in Thüringen. Das ist keine Selbstverständlichkeit – das ist eine Verantwortung. Eine Verantwortung, die ich nicht allein in Informationsformaten sehe, sondern in der Frage: Welche Haltung vermitteln wir? Geben wir Menschen das Gefühl, dass sie Betroffene sind – oder Beteiligte?

Was wirklich zählt: nicht die Analyse, sondern die Konsequenz

Aus den Diskussionen in Weimar nehme ich drei Überzeugungen mit, die ich als handlungsleitend verstehe:

- **Der Staat muss wieder handlungsfähig werden – und das sichtbar.** Nicht als Kommunikationsstrategie, sondern als gelebte Realität. Wer dauerhaft das Gefühl hat, dass Institutionen hilflos sind, wendet sich ab. Handlungsfähigkeit ist die Vorbedingung für Vertrauen.

- **Bürger:innen müssen als Citoyens angesprochen werden, nicht als Kund:innen.** Das erfordert Mut von der Politik – und Fairness. Zumutungen werden nur akzeptiert, wenn sie als gerecht erlebt werden. Wer von Menschen erwartet, Verantwortung zu übernehmen, muss ihnen das Gefühl geben, dass ihr Einsatz sich lohnt und dass die Regeln für alle gelten (Heidenreich 2022).
- **Junge Menschen sind keine verlorene Generation.** Sie sind die größte ungenutzte Ressource der deutschen Demokratie. Was sie brauchen, ist keine gut gemeinte Jugendbeteiligung auf dem Papier. Was sie brauchen, sind echte Einflussmöglichkeiten, niedrighschwellige Beteiligungsformate und die Erfahrung, dass ihre Stimme tatsächlich etwas verändert (Römmele 2024).

Aufhören zu reden. Anfangen zu tun.

Weimar ist kein zufälliger Ort für diese Debatten. Hier wurde 1919 die erste deutsche Verfassung verabschiedet. Hier ist auch die Erinnerung daran präsent, was folgte, als sie scheiterte. Dieser doppelte historische Bezug macht Weimar zu mehr als einem Erinnerungsort. Er macht Weimar zu einem Verpflichtungsort.

Genau deshalb haben wir in unserem Haus – gemeinsam mit Partnern aus Zivilgesellschaft, Kultur und Politik – das Fest der Demokratie ins Leben gerufen. Am 25. Juni 2026 öffnen wir in Weimar einen Ort, an dem Demokratie nicht diskutiert, sondern erlebt wird. Diskurs am Tag in der Weimarahalle: echte Debatten, Jugendforen, Mitmachformate. Musik am Abend: kostenlos, offen für alle, ohne Eintritt.

Das klingt vielleicht klein. Ist es vielleicht auch – im ersten Jahr. Aber das ist der Punkt: Demokratie wächst nicht durch eine große Reform. Sie wächst durch viele kleine Momente, in denen Menschen das Gefühl haben: Das hier gehört mir. Das hier ist meins. Das hier bin ich.

Ich bin tief überzeugt, dass wir diese Art von Formen in ganz Deutschland brauchen. Nicht weil Demokratie erklärt werden muss. Sondern weil sie gespürt werden muss.

#machdemokratie – aber was heißt das konkret?

Helmut Schmidt hat 1978 gesagt: „Es gibt Zeiten, in denen das Bewahren des Erreichten das Maximum dessen ist, was erreicht werden kann.“ Ich zitiere diesen Satz nicht, um zu resignieren. Ich zitiere ihn, weil Bewahren eben kein passiver Akt ist. Bewahren bedeutet: aktiv handeln, einladen, Räume öffnen, Verantwortung einfordern und vorleben.

#mehrdemokratie – diese Worte, die wir als Motto für das Fest der Demokratie gewählt haben, sind kein historisches Statement. Sie sind eine Gegenwartsforderung. An jede und jeden Einzelnen. An Institutionen. An Medien. An Unternehmen.

Die Weimarer Gespräche haben mir gezeigt: Die Grundlage ist da. Der Wille ist da. Die Erkenntnis ist da. Was fehlt, ist der Schritt vom Diskurs zur Erfahrung.

Demokratie braucht keinen Zuschauersaal. Sie braucht eine Bühne, auf die jeder und jede kann. Genau das wollen wir bauen.

Literatur

- Albert, Mathias, Gudrun Quenzel, Frederik de Moll, Ingo Leven, Sophia McDonnell, Anna Rysina, Ulrich Schneekloth und Sabine Wolfert (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Weinheim. <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html> (Download 10.4.2026).
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2025). „Wahlberechtigte: Wahlberechtigte bei Bundestagswahlen nach Alter“. *Bund-Länder Demografie Portal*. <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/wahlbeteiligung.html> (Download 14.8.2026).
- Heidenreich, Felix (2022). *Demokratie als Zumutung: Für eine andere Bürgerlichkeit*. Stuttgart.
- Heidenreich, Felix. (2026). *Demokratie unter Druck. Ein Republikanismus der Nachhaltigkeit*. Stuttgart.
- Römmele, Andrea. (2024). *Demokratie neu denken. Szenarien unserer Welt von morgen*. Frankfurt/Main.

MITWIRKEN UND MITGESTALTEN: ENGAGEMENT, BETEILIGUNG UND SELBSTWIRKSAMKEIT

Demokratie als Praxis: Über Ehrenamt, Verantwortung und die Zukunft demokratischer Teilhabe

Andriyan Andreev, Vorsitzender des Alumnivereins der SchulBrücken

Weimar ist mehr als eine Stadt. Weimar ist ein demokratischer Erinnerungsort und zugleich ein politischer Prüfstein. Kaum ein anderer Ort in Europa macht die Ambivalenz demokratischer Geschichte deutlicher sichtbar. Hier entstand 1919 mit der Weimarer Reichsverfassung der erste demokratische Verfassungsstaat Deutschlands. Hier wurden Grundrechte kodifiziert, das allgemeine Wahlrecht verankert und der Anspruch formuliert, Freiheit und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden. Zugleich steht Weimar für die Fragilität demokratischer Ordnungen. Die Weimarer Republik scheiterte nicht allein an ihren institutionellen Schwächen oder an ihren Feinden, sondern ebenso an schwindendem Vertrauen, wachsender Polarisierung und einer politischen Kultur, die immer weniger Menschen bereit waren, aktiv zu tragen.

Gerade deshalb besitzen die Weimarer Gespräche der Deutschen Nationalstiftung und der Bertelsmann Stiftung eine besondere Bedeutung. Sie sind mehr als ein Round-Table-Format über Demokratie. Sie schaffen einen Raum, in dem Demokratie selbst praktiziert wird – durch Zuhören, Widerspruch, Perspektivwechsel und gemeinsame Verantwortung für den öffentlichen Diskurs. In einer Zeit, in der politische Kommunikation häufig auf Empörung,

Verkürzung und digitale Echokammern reduziert wird, gewinnen solche analogen Orte demokratischer Verständigung eine neue Qualität. Demokratie lebt nicht allein von ihren Institutionen, sondern von den Räumen, in denen Bürgerinnen und Bürger lernen, mit Meinungsverschiedenheiten produktiv umzugehen.

Roman Herzog formulierte in seiner Berliner Rede 1997 den inzwischen berühmten Satz: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“ Fast drei Jahrzehnte später erscheint dieses Zitat aktueller denn je. Allerdings stellt sich heute eine andere Frage als damals. Nicht in erster Linie: Wie modernisieren wir den Staat? Sondern vielmehr: Wie machen wir demokratische Beteiligung wieder zu einer Erfahrung, die sich lohnt? Denn genau hier liegt die eigentliche Herausforderung liberaler Demokratien.

Über viele Jahre hat sich ein Verständnis von Politik etabliert, in dem der Staat zunehmend als demokratischer Lieferservice erscheint. Politik soll Probleme lösen, Dienstleistungen bereitstellen und Erwartungen erfüllen. Bürgerinnen und Bürger treten dabei immer häufiger als Kundinnen und Kunden auf, die staatliches Handeln bewerten. Bleiben Lösungen aus oder entsprechen politische Entschei-

dungen nicht den eigenen Vorstellungen, schwindet das Vertrauen. Demokratie wird dann vor allem an ihrer Leistungsfähigkeit gemessen. Dieses Verständnis greift jedoch zu kurz. Demokratie ist mehr als ein funktionierender Verwaltungsapparat. Sie ist eine republikanische Lebensform. Sie lebt nicht davon, dass Politik für die Gesellschaft handelt, sondern davon, dass die Gesellschaft Verantwortung für ihre Demokratie übernimmt. Genau darin liegt ihre Zumutung.

Demokratie verlangt Zeit, Geduld und Kompromissfähigkeit. Sie zwingt dazu, andere Perspektiven auszuhalten und Entscheidungen zu akzeptieren, die niemals vollständig den eigenen Präferenzen entsprechen. Sie lebt von individueller Freiheit ebenso wie von kollektiver Verantwortung. Wer Demokratie ausschließlich nach Effizienz beurteilt, verkennt ihren eigentlichen Wert. Sie organisiert Freiheit unter Bedingungen dauerhafter Pluralität.

Die gegenwärtigen Debatten über sinkendes Vertrauen in Institutionen, wachsenden Populismus oder demokratische Resilienz werden deshalb häufig an der falschen Stelle geführt. Die Frage lautet weniger, wie sich das Vertrauen in politische Institutionen erhöhen lässt, sondern vielmehr: Wo und wie lernen Menschen überhaupt, demokratisch zu handeln? Demokratie fällt nicht vom Himmel, sie ist eine Kulturtechnik. Hier gewinnt das Ehrenamt eine Bedeutung, die weit über seine soziale Funktion hinausgeht. Vereine, Freiwillige Feuerwehren, Kulturinitiativen, Sportvereine, Umweltgruppen oder Nachbarschaftsprojekte sind keine bloßen Freizeitangebote. Sie bilden das Fundament republikanischen Zusammenlebens. Wer Verantwortung übernimmt, Sitzungen organisiert, Konflikte moderiert, Mehrheiten akzeptiert und gemeinsam Lösungen entwickelt, trainiert jene Fähigkeiten, die auch demokratische Institutionen tragen – Vertrauen, Kompromissfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Selbstwirksamkeit.

Der sogenannte Demokratiemuskel beschreibt diesen Zusammenhang treffend. Demokratische Kompetenzen entstehen nicht durch Sonntagsreden oder politische Bildung allein. Wie jeder Muskel entwickeln sie sich durch regelmäßige Übung. Wer nie Verantwortung übernimmt, entwickelt kaum demokratische Handlungskompetenz. Demokratie beginnt deshalb lange vor dem Gang zur Wahlurne. Robert Putnam konnte bereits vor einem Vierteljahrhundert zeigen, dass gesellschaftliches Engagement und soziales Vertrauen eng miteinander verbunden sind. Aktuelle Untersuchungen der OECD bestätigen diesen Zusammenhang: Menschen vertrauen demokratischen Institutionen insbesondere dann, wenn sie erleben, dass ihre Beteiligung tatsächlich Wirkung entfaltet (OECD 2024). Vertrauen entsteht nicht durch politische Kommunikation allein, sondern durch erfahrene Selbstwirksamkeit.

Wenn Demokratie Beteiligung voraussetzt, muss sich jedoch auch die politische Architektur verändern. Es genügt nicht, alle vier oder fünf Jahre zur Wahl aufzurufen. Demokratische Erfahrungsräume müssen deutlich häufiger und niedrigschwelliger entstehen. Gerade junge Menschen benötigen Orte, an denen Demokratie nicht erklärt, sondern erlebt wird. Schülervertretungen dürfen deshalb keine symbolischen Gremien sein, sondern sollten echte Mitentscheidungsrechte über schulische Angelegenheiten erhalten. Jugendparlamente sollten nicht lediglich Empfehlungen formulieren, sondern verbindlich in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Kommunalpolitik bietet hierfür ideale Voraussetzungen, weil politische Entscheidungen hier unmittelbar erfahrbar werden, egal ob es um Sportanlagen, Busverbindungen, Kulturangebote oder öffentliche Räume geht. Wer erlebt, dass die eigene Stimme den Stadtteil verändert, entwickelt ein anderes Verhältnis zur Demokratie als jemand, dessen politische Beteiligung auf gelegentliche Wahlen beschränkt bleibt.

Ebenso sollten Hochschulen, Vereine, Kulturhäuser und Bibliotheken stärker als demokratische Lern-

orte verstanden werden. Demokratiebildung endet nicht mit dem Politikunterricht. Bürgerdialoge, Zukunftswerkstätten, kommunale Bürgerräte oder generationenübergreifende Beteiligungsformate ermöglichen Begegnungen zwischen Menschen, die sich im Alltag kaum austauschen würden. Gerade angesichts zunehmender gesellschaftlicher Fragmentierung entstehen hier neue Formen sozialen Vertrauens. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine Konkurrenz zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. Bürgerräte oder andere deliberative Beteiligungsformate ersetzen Parlamente nicht. Sie ergänzen sie. Ihr besonderer Wert liegt darin, unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven sichtbar zu machen und politische Entscheidungen besser zu legitimieren.

Eine weitere Debatte gewinnt in diesem Zusammenhang an Aktualität: die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht oder eines Gesellschaftsjahres. Die Idee ist keineswegs neu. Bereits die Weimarer Reichsverfassung formulierte neben Grundrechten auch staatsbürgerliche Pflichten. Heute wird erneut diskutiert, ob ein verpflichtender Dienst im sozialen, ökologischen, kulturellen oder sicherheitsbezogenen Bereich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken könnte. Die Argumente dafür sind durchaus überzeugend. Ein gemeinsames Dienstjahr könnte Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammenbringen, Vorurteile abbauen und demokratische Verantwortung praktisch erfahrbar machen. Es würde Erfahrungen gemeinsamer Problemlösung schaffen und das Ehrenamt stärken. Gerade in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft könnte ein solcher gemeinsamer Erfahrungsraum identitätsstiftend wirken und einen modernen Verfassungspatriotismus fördern. Gleichzeitig dürfen die Einwände nicht unterschätzt werden. Eine verpflichtende Dienstzeit greift in die individuelle Lebensplanung junger Menschen ein und wirft erhebliche verfassungsrechtliche Fragen auf. Demokratisches Engagement lebt grundsätzlich von Freiwilligkeit. Es besteht die Gefahr, dass aus staatsbürgerlicher Verantwortung bloße Pflichten-

füllung wird. Zudem darf gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht einfach staatlich verordnet werden. Vielleicht liegt die überzeugendere Lösung deshalb zwischen beiden Polen: weniger Verpflichtung als vielmehr eine deutliche gesellschaftliche Aufwertung freiwilligen Engagements. Wer sich engagiert, sollte dies nicht ausschließlich aus Idealismus tun müssen. Denkbar wären Anrechnungen im Studium, Vorteile bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst, Bildungsgutscheine oder Rentenpunkte für langjähriges Ehrenamt. Eine demokratische Gesellschaft sollte jene sichtbar belohnen, die Verantwortung für sie übernehmen.

Besonders junge Menschen machen zudem auf einen weiteren blinden Fleck aufmerksam. Für sie steht zunehmend die Frage der Generationengerechtigkeit im Mittelpunkt politischen Handelns. Klimapolitik, Rentensystem, Staatsverschuldung oder Digitalisierung werden danach bewertet, welche Folgen heutige Entscheidungen für kommende Generationen haben. Demokratie muss daher langfristiger werden. Instrumente wie ein verpflichtender Generationencheck bei Gesetzesvorhaben oder eine stärkere institutionelle Beteiligung junger Menschen könnten dazu beitragen, Zukunftsperspektiven systematisch mitzudenken.

Ebenso zentral bleibt die Stärkung demokratischer Resilienz gegenüber Desinformation. Medienkompetenz entwickelt sich zur Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts. Demokratie setzt informierte Urteilsfähigkeit voraus. Wer Informationen nicht mehr kritisch einordnen kann, verliert die Grundlage vernünftiger politischer Entscheidungen. Demokratiebildung muss daher stärker als bisher auf Quellenkritik, Debattenkultur und Urteilskompetenz setzen. Eine wehrhafte Demokratie braucht dabei beides: Offenheit im demokratischen Streit und klare Grenzen gegenüber jenen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Toleranz endet dort, wo Intoleranz die Freiheit anderer zerstört. Demokratische Offenheit darf deshalb niemals mit Beliebigkeit verwechselt werden.

Vielleicht braucht Deutschland tatsächlich einen neuen „Ruck“. Aber nicht allein durch staatliche Reformen oder neue Institutionen. Demokratie erneuert sich dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, wo Vertrauen wächst und wo Beteiligung alltäglich wird. Weimar erinnert uns daran, dass Demokratien selten an fehlenden Verfassungen scheitern. Sie scheitern, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger verlernen, Demokratie als gemeinsame Aufgabe zu begreifen. Die vielleicht wichtigste demokratische Zukunftsaufgabe besteht deshalb nicht darin, mehr über Demokratie zu sprechen, sondern mehr Gelegenheiten zu schaffen, sie gemeinsam zu leben.

Literatur

OECD (2024). *OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions – 2024 Results. Building Trust in a Complex Policy Environment*. Hrsg. OECD Publishing. Paris. <https://doi.org/10.1787/9a20554b-en> (Download 6.8.2026).

Vor Ort ins Gespräch kommen!

Wie verbessern wir den Austausch zwischen Staat und Bürger:innen auf lokaler Ebene?

Maria Lederer, Vorständin von Liquid Democracy e. V.

Die Zukunft der Demokratie wird maßgeblich durch das gemeinsame Miteinander von Staat und Bürger:innen bestimmt. Dieses Zusammenspiel ist auf lokaler Ebene besonders relevant, denn die Kommunen und deren Strukturen sind für viele Menschen der erste Berührungspunkt mit dem abstrakten Konstrukt „Staat“. Auch für das Entstehen von gesellschaftlichem Vertrauen spielen das unmittelbare Umfeld und der persönliche Alltag eine wichtige Rolle (More in Common 2024). Wie kann also der demokratische Austausch vor Ort gefördert werden? Welche Partizipationsformate braucht es, damit tragfähige Lösungen für das Zusammenleben entstehen?

Dieser Beitrag ist im Nachklang der Weimarer Gespräche entstanden, inspiriert von vielen klugen Worten über die Zukunft der Demokratie und Ideen für unser gemeinsames Miteinander. Im Folgenden sollen Wege und Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie lokale Beteiligung an politischen Entscheidungen das Verhältnis zwischen Staat und Bürger:innen verbessern kann. Außerdem wird anhand konkreter Praxisbeispiele aufgezeigt, wie kommunale Teilhabe das gemeinsame Miteinander stärkt.

Als Liquid Democracy e. V. beschäftigen wir uns seit mehr als 15 Jahren mit demokratischer Teilhabe und ermöglichen durch unsere Beteiligungssoftware niedrighschwellige Angebote für den (digitalen) Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Bürger:innen. Wir sind zuständig für die technische Entwicklung der Beteiligungsplattform der Hauptstadt [mein.Berlin.de](https://mein.berlin.de) und unsere kostenfreie Open-Source-Software adhocracy.plus wird von über 100 Kommunen in Deutschland genutzt.

Mehr Räume des Austauschs schaffen

Ein öffentlicher Trinkbrunnen im Park, eine Graffiti-Wand für Jugendliche oder weniger Lärm an der Hauptstraße: Viele Menschen haben konkrete Ideen für das Zusammenleben in ihrer Kommune. Durch Prozesse der Bürgerbeteiligung können diese Ideen und Vorschläge gesammelt und diskutiert werden. So entstehen moderierte Räume des Austauschs zwischen Staat und Bürger:innen, die sich langfristig positiv auf das Vertrauen in die Demokratie und Politik auswirken (Rosa 2023; Hartmann 2017). Beteiligungsmöglichkeiten können somit als Demokratie-Booster fungieren. Denn wenn Bürger:innen das Gefühl haben, dass ihre Stimme geschätzt und

gehört wird, steigert dies ihre politische Selbstwirksamkeit (Nowicka, Tonassi und Wittlif 2019). Umgekehrt wird durch gut umgesetzte Beteiligung auch die Akzeptanz für politische Entscheidungen erhöht und das Risiko von Fehlplanungen und möglichen Konflikten reduziert. Diesen demokratischen Dialog, in Ergänzung zu unserem repräsentativen System, wünschen sich laut Demokratie-Monitor Baden-Württemberg etwa zwei Drittel der Befragten im Bundesgebiet (Brettschneider 2025).

(Digitale) kommunale Beteiligung stärken

Große Zukunftsfragen wie Mobilität, Klimawandel und Digitalisierung stehen in zahlreichen Kommunen ganz oben auf der Agenda. Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen die lokalen Verwaltungen den Dialog mit Bürger:innen stärken und formelle und informelle Beteiligung, beispielsweise zu Bauvorhaben, Hitzeschutzkonzepten oder Lärmaktionsplänen umsetzen. Doch die Kommunen in Deutschland stehen aktuell vor großen Herausforderungen. Durch Zentralisierung und Finanznot verlieren Gemeinden und Städte immer mehr Gestaltungsspielraum vor Ort. Häufig fehlt es an Zeit, Budget und Know-how, um Partizipationsprojekte zu realisieren und diese in den Verwaltungsstrukturen zu etablieren. In Zeiten von knappen Kassen und Personalmangel sind Positionen wie Beteiligungsbeauftragte für viele Kommunen kaum denkbar, nur etwa 12 Prozent haben hierfür eigene Personalressourcen vorgesehen (ErLE-Projekt 2025). Politische Teilhabe wird dadurch zu einer Art Luxusleistung, die häufig einfach nicht angeboten wird.

Allerdings kann gerade digitale Beteiligung eine Chance für kleine Kommunen mit begrenzten Ressourcen sein, da sie niedrigschwellig, zeit- und ortsunabhängig sowie kostengünstig durchgeführt werden kann. Durch Partizipationsplattformen wie adhocracy.plus, die unser Verein entwickelt

und betreibt, wird das Verhältnis zwischen Staat und Bürger:innen gestärkt und es entstehen wichtige Räume für den politischen Diskurs. Technologische Lösungen unterstützen dabei den Beteiligungsprozess – etwa durch die Verknüpfung von Ideensammlungen mit Kartenfunktionen, die Durchführung groß angelegter Umfragen oder die Ermöglichung deliberativer Diskurse. Und das Interesse an digitaler Beteiligung seitens der Kommunen ist hoch: In einer Befragung von über 2.000 Gemeinden in Deutschland gaben immerhin 32 Prozent an, digitale Beteiligung bereits umzusetzen, und 14 Prozent planten, diese in Zukunft anzubieten (a. a. O.).

Vielfältige Formate für ein starkes Miteinander

Es gibt zahlreiche Beispiele für gelungene Beteiligungsformate, die das Miteinander vor Ort stärken. Durch unsere langjährige Erfahrung im Bereitstellen von digitalen Plattformen für Kommunen sowie durch diverse Forschungs- und Förderprojekte haben wir als Liquid Democracy e. V. oft erlebt, wie Bürger:innen durch mehr Teilhabemöglichkeiten mit politischem Handeln in Berührung kommen. Die folgenden drei Praxisbeispiele sollen einen kurzen Überblick darüber geben, wie demokratische Mitbestimmung im Lokalen funktionieren kann:

- Der **Zukunftshaushalt in Werder (Havel)** ist ein spannendes Beispiel für kommunale Beteiligung, bei dem die Einwohner:innen aktiv in die Planung der städtischen Ausgaben einbezogen werden. Das Besondere an dieser Variante des Bürgerhaushalts ist die Rollenverteilung: Während alle Einwohner:innen von Werder (Havel) altersunabhängig Projektideen einreichen können, liegt die finale Entscheidung über deren Umsetzung bei Kindern und Jugendlichen. Für die aktuelle Runde stehen insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung, um Vorhaben in Bereichen wie Sport, Kultur oder Stadtgestaltung zu fördern. Über unsere Beteiligungsplattform adhocracy.plus können die

Ideen eingereicht, auf einer Karte verortet und öffentlich diskutiert werden. Dass dieser Prozess zu sichtbaren Ergebnissen führt, zeigt etwa die Realisierung einer Graffitiwand, die auf die Initiative eines Grundschülers zurückging. Durch die Einbindung in den gesamten Ablauf – von der Ideenfindung bis zur Auswahl der Projekte – erfahren besonders die jungen Menschen in Werder (Havel) politische Selbstwirksamkeit. Damit wird das Vertrauen in die Responsivität des staatlichen Systems bereits in frühen Jahren gestärkt.

- Mit dem **Hitzeaktionsplan Aschaffenburg** macht die städtische Verwaltung vor, wie der zunehmenden Belastung durch heiße Sommer im Stadtgebiet begegnet werden kann. Ziel ist es, den Schutz der Bevölkerung zu verbessern, über gesundheitliche Risiken aufzuklären und gemeinsam mit den Bürger:innen konkrete Maßnahmen zur Hitzeanpassung zu entwickeln. Über unsere Software *adhocracy.plus* können Einwohner:innen „heiße“ und „kühle“ Orte sowie Standorte für Trinkwasserbrunnen auf einer digitalen Karte markieren und mit Verbesserungsvorschlägen versehen. Diese Form der Beteiligung macht wertvolles lokales Alltagswissen für die Verwaltung nutzbar, wodurch Belastungen und Risiken rechtzeitig erkannt sowie konstruktive Lösungen entwickelt werden können. Neben der Online-Beteiligung nutzt die Stadt ergänzende Formate wie eine Bürgerwerkstatt und Infostände am Marktplatz, um den direkten Dialog zu fördern. Die eingereichten Hinweise fließen unmittelbar in die Ausarbeitung des Hitzeaktionsplans ein und werden nach Abschluss des Prozesses veröffentlicht. Das Projekt zeigt exemplarisch, wie wertvolles Wissen der Bürger:innen sinnvoll genutzt werden kann, um die Lebensqualität vor Ort zu verbessern.
- Das **Forschungsprojekt ARPAS**, eine Kooperation zwischen unserem Verein und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW Berlin), untersucht den Einsatz von Augmented Reality

(AR) in der digitalen Beteiligung. Durch innovative und visuelle Partizipation sollen besonders beteiligungsferne Gruppen besser in die Stadtentwicklung integriert werden. Die Kombination von AR und „Instant Participation“ ermöglicht Bürger:innen dabei eine unmittelbare und anschauliche Teilnahme an demokratischen Planungsprozessen. Im Rahmen des Projekts konnten Teilnehmer:innen beim „SchlaatzWalk“ in Potsdam geplante Gebäude in 3D direkt vor Ort durch Handykameras betrachten. So wurden die Bauvorhaben auf dem Marktplatz anschaulich demonstriert und verschiedene Gebäudeformen und -höhen konnten aus unterschiedlichen Perspektiven im realen Stadtraum erlebt und bewertet werden. Ein Projekt wie ARPAS zeigt, dass innovative Werkzeuge die Stadtplanung greifbarer machen und zur aktiven Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohnumfeld anregen.

Demokratische Teilhabe als strukturelle Säule

Um das Verhältnis von Staat und Bürger:innen zu stärken, sollte der demokratische Austausch vor Ort gefördert werden. Kommunale Beteiligungsformate spielen hier eine wichtige Rolle. Als Gesellschaft muss es uns gelingen, besonders die Menschen, die sich häufig vom politischen Diskurs ausgeschlossen fühlen, über moderierte Räume zu erreichen und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Denn indem Anlaufstellen für echten Austausch geschaffen werden, können Bürger:innen auch vorgefertigte Meinungen und Denkmuster hinterfragen und sich anhand konkreter Fragestellungen konstruktiv einbringen. Durch niedrigschwellige Beteiligungsformate (ob digital oder analog) kann die Demokratie so nahbarer und erlebbar gemacht werden – das zeigen auch die Praxisbeispiele.

Unsere Vision als Organisation ist es, mehr demokratische Mitgestaltung zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass digitale und analoge Teilhabe-

Formate in Deutschlands Gemeinden und Städten langfristig als strukturelle Säule etabliert werden. Dafür braucht es einerseits mehr Empowerment und Ressourcen für die Kommunen, um Beteiligung wirksam umzusetzen, und andererseits auch den politischen Willen, diese Strukturen und Formate vor Ort zu stärken.

Literatur

- Brettschneider, Frank (2025). *Demokratie-Monitor 2025 Baden-Württemberg*. Stuttgart. https://komm.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/2025-11-02_Demokratie-Monitor_2025_Ba-Wue_Teil_2.pdf (Download 6.8.2026).
- ErLE-Projekt (o. J.). „Digitale Bürgerbeteiligung in Deutschlands Gemeinden“. *Erlebnisformen lokaler E-Partizipation*. <https://dashboard.lokale-partizipation.de/> (Download 6.8.2026).
- Hartmann, Martin (2017). *Krise des Vertrauens – Politik in der Krise? Philosophie und die Bedingungen von Vertrauensordnungen*. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Berlin.
- More in Common (2024). „Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht“. Berlin.
- Nowicka, Magdalena, Timo Tonassi und Alex Wittlif (2019). „Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen“. Hrsg. SVR-Forschungsbereich und DeZIM-Institut. Berlin.
- Rosa, Hartmut (2023). *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung* (7. Auflage). Berlin.

SCHLUSS

Jeder der zehn Beiträge betrachtet das Verhältnis von Staat und Bürger:innen aus seiner individuellen Perspektive – ob aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Medien oder Praxis. Dennoch eint sie die Erkenntnis, dass weder ein leistungsfähiger Staat noch mehr Engagement der Bürger:innen allein ein neues Miteinander erreichen können. Vielmehr müssen unterschiedliche Faktoren zusammenkommen, etwa staatliche Handlungsfähigkeit, gesellschaftliche Fairness, reale Beteiligungsmöglichkeiten und Bereitschaft zur Mitverantwortung. Diese Kernbotschaft lässt sich in drei konkrete Befunde aufschlüsseln, die die Beiträge in diesem Sammelband liefern:

1. Verantwortung ist wechselseitig

Nahezu alle Beiträge stimmen darin überein, dass nicht eine Person oder eine Gruppe Schuld hat an den Verwerfungen zwischen Staat und Bürger:innen. Bei den Weimarer Gesprächen 2026 wurde diesbezüglich mehrmals von einem Tanz gesprochen: ein Tanzpaar kann nur erfolgreich sein und Freude haben, wenn sich beide Personen aufeinander einstellen. Macht die eine Person einen Schritt nach vorne, muss die andere Person diese Bewegung aufnehmen. Beide müssen sich in die gleiche Richtung bewegen.

Auch ein neues Miteinander von Staat und Bürger:innen lässt sich nur finden, wenn sich beide Seiten bewegen. Genau darauf macht beispielsweise Maier in seinem Beitrag aufmerksam und unterstreicht, dass sowohl der Einsatz der Bürger:innen für den Staat als auch der Einsatz des Staates für seine Bürger:innen erforderlich ist. Auch Peranić greift in ihrem Beitrag das eindrückliche Bild eines Tanzes auf. Einseitige Schuldzuweisungen – ob aus der Politik oder aus der Gesellschaft – sind also fehl am Platz.

2. Vertrauen braucht Erfahrungen, nicht Appelle

Für viele Deutsche ist Berlin eine ferne Stadt. Wenn der Deutsche Bundestag ein Gesetz beschließt, sehen die meisten dies höchstens online oder im Fernsehen. Wirklich erleben tun sie die Politik und den Staat vor allem vor Ort, etwa beim Besuch auf dem Amt oder beim Blick auf die lokale Infrastruktur. Ein neues Miteinander von Staat und Bürger:innen muss also besonders vor Ort erfahrbar sein.

Viele der Beiträge weisen genau darauf hin, wie wichtig persönliche Erfahrungen für das Vertrauen in den Staat sind. Berthold verdeutlicht dies mit der Aussage, dass Demokratie kein Zuschauersport sei, sondern aktiv erlebt werden müsse. Andreev beschreibt den Demokratiemuskel, der wie jeder andere Muskel im Körper auch regelmäßig trainiert werden muss. Und Lederer zeigt anhand von Beispielen, wie konkrete Beteiligungsprozesse Selbstwirksamkeit auf kommunaler Ebene erzeugen können. Insofern kann Berlin als Stadt den Bürger:innen vielleicht nicht näherkommen, aber die Politik und der Staat schon.

3. Fairness ist Voraussetzung, nicht Ergänzung

Als dritte Kernbotschaft betonen einige Beiträge die Wichtigkeit von gesellschaftlicher Fairness. Ein Plädoyer für mehr Gemeinsinn und bürgerliche Pflichten kann nur überzeugend sein, wenn das Gefühl herrscht, dass die Belastungen auch gerecht verteilt sind. Besteht jedoch der Eindruck, man selbst bekommt vom Staat nur Steine in den Weg gelegt, während andere profitieren, hält sich die Bereitschaft zu mehr Engagement oft in Grenzen.

Heidenreich erklärt ausführlich, dass Zumutungen nur akzeptiert werden, wenn sie auch fair verteilt sind. Kirsten beschreibt, warum materielle Sicherheit die Grundlage von Würde, Teilhabe und Engagement sind. Kober und Bochert bauen auf diesen Eindrücken auf und verbinden Gerechtigkeit empirisch mit Engagement, Vertrauen und Identifikation. Ein neues Miteinander von Staat und Bürger:innen muss also auf Gerechtigkeit fußen.

Neben diesen inhaltlichen Überschneidungen gibt es allerdings auch produktive Spannungen zwischen den einzelnen Beiträgen. Es herrscht zwar Einigkeit, dass sowohl ein leistungsfähiger Staat als auch Engagement der Bürger:innen für ein neues Miteinander gebraucht werden. Allerdings sind sich die Beiträge nicht immer einig darin, wie der Weg hin zu einem solchen Miteinander gestaltet werden soll.

Insbesondere stechen drei Spannungsfelder hervor:

- **Wie können die Gemeinsamkeiten unserer Gesellschaft hervorgehoben werden, ohne reale Interessenkonflikte und Machtunterschiede zu verdecken?** Für mehr Engagement wäre es hilfreich, wenn die Gemeinsamkeiten unserer Gesellschaft stärker im Vordergrund stehen würden. Das stärkt das Vertrauen in die Mitmenschen und die Identifikation mit dem Gemeinwesen. Allerdings dürfen Harmonie nicht künstlich gelobt und Unterschiede nicht verschwiegen werden.
- **Welche Erwartungen an den Staat sind Ausdruck einer problematischen Konsumhaltung und welche sind legitime Ansprüche der Bürger:innen?** Nicht alle Forderungen an den Staat sind überzogen oder unbegründet. Einige gehen jedoch über das hinaus, was sinnvollerweise vom Staat erwartet werden kann. Es gilt also zu reflektieren, wo Konsumhaltung anfängt und legitimer Anspruch aufhört.
- **Wie kann der Staat entschlossen handeln, ohne politische Offenheit, Grundrecht und legitimen Widerspruch zu beschädigen?** Immer wieder fordern Bürger:innen vom Staat, endlich mal zu machen und Handlungsfähigkeit zu zeigen. Sobald aber eigene Interessen bedroht sind, beklagen sie zu schnelles und unüberlegtes Handeln des Staates. Gesucht wird also das richtige Gleichgewicht zwischen staatlicher Handlungsfähigkeit und Einbeziehung aller Bürger:innen.

Auf diese und weitere Fragen kann der Sammelband keine abschließenden Antworten geben. Aber er kann dazu ermutigen, sich die Fragen zu stellen und sie zu diskutieren. Denn aus den vielfältigen Beiträgen in diesem Sammelband wird deutlich: Ein Gespräch kann gerade dann besonders produktiv sein, wenn unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen.

AUTOR:INNENVERZEICHNIS

Andriyan Andreev ist Vorsitzender des Alumni-vereins der SchulBrücken, dem internationalen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsprojekt der Deutschen Nationalstiftung. Außerdem ist er Bildungsreferent und Projektmanager für politische, europäische und interkulturelle Bildung mit den Schwerpunkten Partizipation, Debattenkultur und Völkerverständigung.

Christian Berthold ist Geschäftsführer von ANTENNE THÜRINGEN, einem privaten Radiosender, und audio.media.plus Thüringen, einer Mediaagentur für Radiowerbung und Audiokommunikation. Er ist außerdem einer der Initiatoren des Fests der Demokratie in Weimar, einer generationsübergreifenden Veranstaltung für gesellschaftlichen Dialog, Mitbestimmung und politische Bildung.

Christin Bohmann ist Chefredakteurin des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Nach Stationen bei der Berliner Morgenpost, der Axel-Springer-Akademie und der Welt wechselte sie im August 2014 zum MDR, wo sie zunächst in verschiedenen Positionen für online Inhalte zuständig war, bevor sie im Dezember 2024 Chefredakteurin wurde.

Prof. Dr. Felix Heidenreich lehrt als Politikwissenschaftler und Philosoph an der Universität Stuttgart. Er ist wissenschaftlicher Koordinator am Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung (IZKT) der Universität Stuttgart und publiziert regelmäßig zu politik- und kulturtheoretischen Themen.

Ralf Kirsten ist Bürgermeister und 1. Beigeordneter der Stadt Weimar. Nach einem Studium der Kriminalstatistik in Aschersleben und des höheren Diensts an der Polizeiführungsakademie in Münster war er bis 2018 Leiter der Polizeiinspektion – zunächst in Altenburg und später in Weimar.

Ulrich Kober ist Director im Programm Demokratie und Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung. Vorher war er in leitender Funktion für die Programme Integration (2006–2010) sowie Integration und Bildung (2010–2020) der Stiftung verantwortlich. Florian Bochert ist Junior Project Manager (JPP) bei der Bertelsmann Stiftung.

Maria Lederer ist Vorständin und Kommunikationsmanagerin bei Liquid Democracy e. V., einem Verein, der Werkzeuge und Konzepte für eine einfachere, transparentere und gerechtere politische Mitgestaltung entwickelt. Außerdem ist sie Co-Projektleitung bei Zukunft D, einer Initiative zur Stärkung der Demokratie in einer digitalisierten, vernetzten Gesellschaft.

Georg Maier (SPD) ist Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung in der Landesregierung des Freistaats Thüringen. Von 2021 bis 2024 war er stellvertretender Ministerpräsident Thüringens. Seit 2020 ist er außerdem Landesvorsitzender der SPD Thüringen.

Katarina Peranić ist seit Februar 2026 Executive Director bei More in Common e. V., einer gemeinnützigen Organisation zur Stärkung von sozialem Zusammenhalt. Zuvor war sie Vorständin der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt sowie geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Bürgermut.

Prof. Dr. Andrea Römmele ist Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin mit einem Fokus auf politische Parteien, Wahlkämpfe und Demokratieforschung. Sie ist Professorin und Dean of Executive Education an der Hertie School in Berlin. Sie ist unter anderem Autorin des Buchs *Demokratie neu denken* (2024).

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Florian Bochert
Project Manager (JPP)
Programm Europas Zukunft
Telefon +49 5241 81-81886
florian.bochert@bertelsmann-stiftung.de